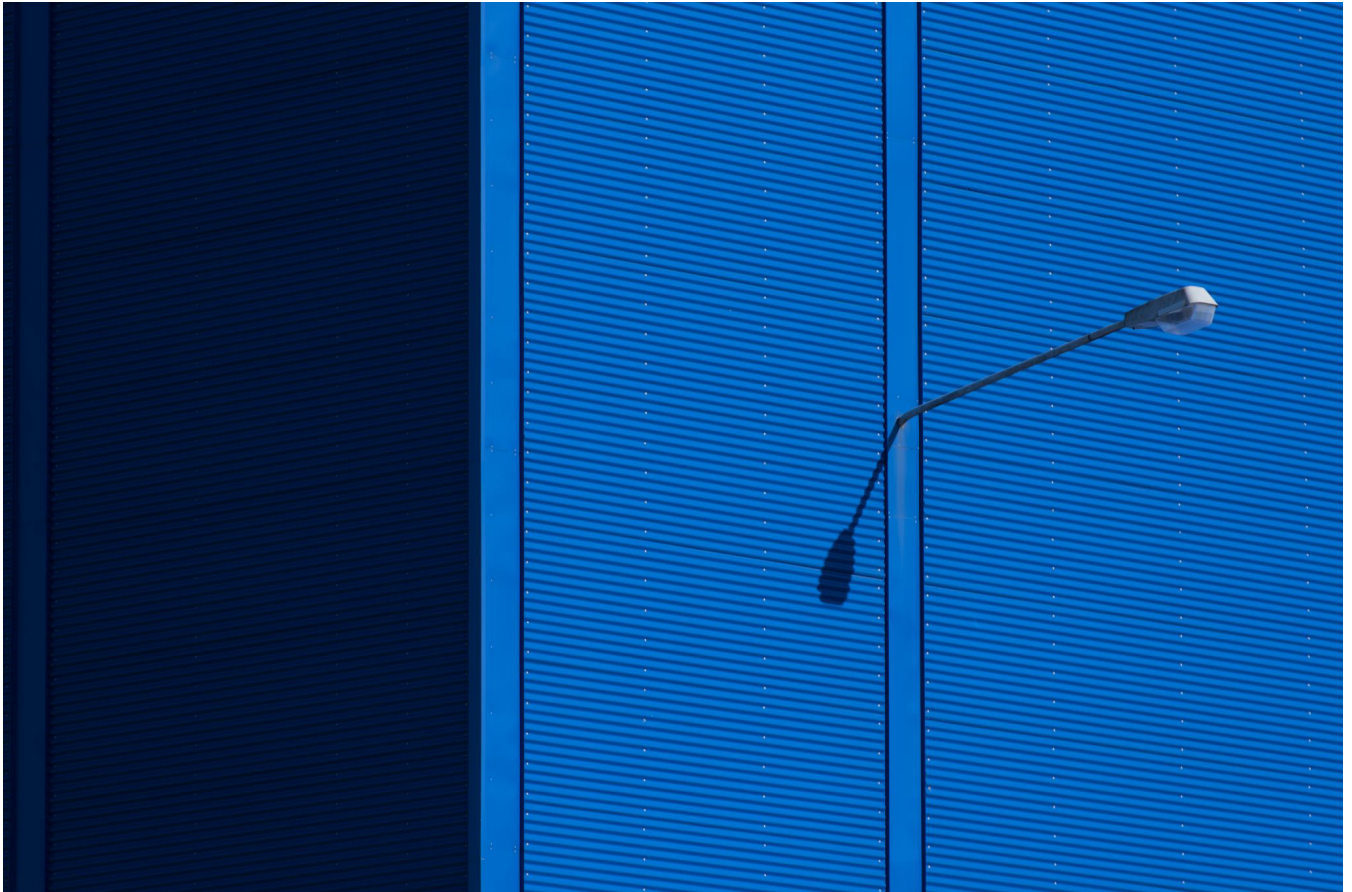


Bestandsaufnahme zur kommunalen Alterspolitik im Kanton Aargau Befragung bei den Gemeinden des Kantons Aargau



Bildquelle: Vorlage MS Word

Autor: Alexander Seifert

Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

10.04.2026

Eine Studie im Auftrag der Fachstelle Alter und Familie des Kantons Aargau

Begleitgruppe: Elisabeth Lüthi und Anita Tomanic (Kanton Aargau)

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-------|--|----|
| 1 | Ausgangslage | 4 |
| 1.1 | Gegenstand | 4 |
| 1.2 | Zielsetzung | 4 |
| 1.3 | Fragestellungen | 4 |
| 2 | Methodik und Stichprobe | 6 |
| 2.1 | Befragungsdesign | 6 |
| 2.2 | Stichprobe und Zuordnung nach Raumtyp | 6 |
| 3 | Ergebnisse | 8 |
| 3.1 | Wichtigkeit der Alterspolitik in der Gemeinde | 8 |
| 3.2 | Organisation der Alterspolitik in der Gemeinde | 9 |
| 3.2.1 | Altersleitbild und Legislaturziele | 9 |
| 3.2.2 | Weitere Massnahmen der Alterspolitik | 10 |
| 3.2.3 | Zuständigkeiten | 10 |
| 3.2.4 | Alterskommission und Einbezug von älteren Menschen | 11 |
| 3.2.5 | Anlaufstellen für Altersfragen und Zusammenarbeit mit Organisationen | 12 |
| 3.3 | Angebote in der Gemeinde | 12 |
| 3.3.1 | Dienstleistungen für ältere Menschen | 12 |
| 3.3.2 | Abgedeckte Themen in der Gemeinde | 14 |
| 3.4 | Alterspolitische Ausrichtung der Gemeinden | 16 |
| 3.4.1 | Verfügbare Massnahmen, Projekte oder Konzepte | 16 |
| 3.4.2 | Wichtige alterspolitische Themen der Gemeinde heute und in Zukunft | 17 |
| 3.5 | Einschätzung des demografischen Wandels in der Gemeinde | 20 |
| 3.5.1 | Zufriedenheit der Bevölkerung | 20 |
| 3.5.2 | Wie gut ist die Gemeinde für den demografischen Wandel aufgestellt? | 22 |
| 3.6 | Nutzung der vom Kanton zur Verfügung gestellten Instrumente | 26 |
| 3.6.1 | Leitsätze, Handbücher und Broschüren | 26 |
| 3.6.2 | Alterskongress und Aargauer Netzwerk Alter | 26 |
| 3.6.3 | Kantonale Fachstelle Alter und Familie | 27 |
| 3.6.4 | Gesundheitsförderung im Alter | 29 |
| 3.6.5 | Vernetzung im Bereich Alter | 31 |
| 4 | Fazit | 33 |

Management Summary

Ausgangslage und Ziel

Die kantonale Fachstelle Alter und Familie des Kantons Aargau unterstützt Gemeinden und Organisationen durch Beratung, Hilfsmittel und Vernetzung. Nach Erhebungen in den Jahren 2017 und 2021 wurde 2025/2026 eine Folgerhebung durchgeführt, um den aktuellen Stand der kommunalen Alterspolitik zu erfassen, Entwicklungen seit 2017 sichtbar zu machen und Bedarfe für die Weiterentwicklung kantonaler Unterstützungsangebote abzuleiten.

Methodik

Zwischen Oktober 2025 und Januar 2026 wurden alle 197 Aargauer Gemeinden mittels strukturiertem Onlinefragebogen befragt. 169 Gemeinden haben teilgenommen (Rücklaufquote 85.7 %).

Zentrale Ergebnisse

Bedeutung und Verankerung: Alterspolitik wird als wichtig eingeschätzt (ähnlich wie 2021). Ein kommunales Altersleitbild haben 16.6 % der Gemeinden, ein regionales 11.2 %; 42.6 % verankern Alterspolitik über Legislaturziele. Gleichzeitig sind personelle Ressourcen häufig knapp: 52.8 % der Gemeinden verfügen über keine spezifischen Stellenprozente für das Thema Alter.

Organisation und Kooperation: Nur 11.2 % der Gemeinden haben eine eigene kommunale Fachstelle für die Anlauf- und Beratungsstelle gemäss Pflegegesetz; 75.7 % delegieren diese Aufgabe vertraglich an Pro Senectute. Alters-/Seniorenkommissionen bestehen in rund einem Drittel der Gemeinden, zu meist mit beratender Rolle und einer Umsetzung von Angeboten.

Angebote und Themen: Viele Dienstleistungen sind vorhanden, jedoch oft ohne kommunale Mitfinanzierung. Beratungsstellen sind in 79.8 % der Gemeinden vorhanden; Mahlzeitendienste in 83.4 %, aber nur 13.5 % werden mitfinanziert. Spezialisierte Angebote fehlen häufig (z. B. Tages-/Nachtstrukturen mit Pflege; Angebote für Menschen mit Demenz). Die Angebotsvielfalt variiert stark nach Raumtyp, sodass städtische im Vergleich zu ländlichen Gemeinden eine höhere Vielfalt anbieten können. Thematisch dominieren Beratung/Unterstützung und Soziale Teilhabe; Digitalisierung und Sicherheit/Prävention werden am seltensten abgedeckt.

Bewertungen und Zukunft: Die Zufriedenheit der älteren Bevölkerung wird mehrheitlich als hoch eingeschätzt. Die Vorbereitung auf den demografischen Wandel wird dagegen zurückhaltender beurteilt, wobei ländliche Gemeinden mehr Bedenken zu den zukünftigen Herausforderungen äussern. Als wichtigste Zukunftsthemen gelten Gesundheit, Beratung/Unterstützung sowie Wohnen/Mobilität/öffentlicher Raum. Offene Antworten bestätigen insbesondere einen Handlungsbedarf beim altersgerechten Wohnraum, bei ambulanter Pflege und Pflegeplätzen, Mobilität/Erreichbarkeit sowie Sozialer Teilhabe und Koordination.

Kantonale Unterstützung und Vernetzung: Die Fachstelle Alter und Familie ist sehr gut bekannt, spezifische Unterstützungsangebote sind es jedoch häufig nicht: 47.9 % der Gemeinden kennen nicht eins der sieben abgefragten Angebote. Angebote der «Gesundheitsförderung im Alter» sind ebenfalls oft wenig bekannt. Vernetzung wird klar als wichtig beurteilt; bevorzugt werden eine Website oder Newsletter mit praktischen Hinweisen und Treffen vor Ort und weniger digitale soziale Netzwerke.

Fazit

Die Alterspolitik wird in den Gemeinden als wichtig anerkannt, jedoch – je nach Raumtyp und Ressourcen – sehr unterschiedlich umgesetzt. Städtische Gemeinden sind thematisch breiter aufgestellt und kennen kantonale Angebote häufiger als ländliche Gemeinden. Die grössten Entwicklungsfelder liegen beim altersgerechten Wohnen, der Pflege/Betreuung (inkl. Entlastung), Mobilität sowie Sozialer Teilhabe und Koordination. Für die Fachstelle Alter und Familie ergibt sich insbesondere Potenzial, wirksame Angebote gezielter bekannt zu machen, Wissensgrundlagen praxisnah aufzubereiten und eine Vernetzung über gut zugängliche Kanäle systematisch zu stärken.

1 Ausgangslage

1.1 Gegenstand

Die demografische Entwicklung stellt auch die Gemeinden im Kanton Aargau zunehmend vor Herausforderungen in der Alterspolitik. Die Fachstelle Alter und Familie im Departement Gesundheit und Soziales des Kantons Aargau unterstützt Gemeinden und Organisationen bei der Planung und Umsetzung von Massnahmen, die darauf abzielen, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern und eine altersfreundliche Infrastruktur zu gestalten. Diese Unterstützung erfolgt durch eine fachliche Beratung, die Entwicklung praxisorientierter Hilfsmittel sowie die gezielte Förderung der Vernetzung – unter anderem über das Aargauer Netzwerk Alter oder den kantonalen Alterskongress.

Um eine fundierte Grundlage für diese Unterstützungsangebote zu schaffen, wurden bisher zwei Studien durchgeführt: eine erste Erhebung im Jahr 2017 zur Feststellung des Istzustandes der kommunalen Alterspolitik sowie eine vertiefte Analyse 2021. Letztere zielte darauf ab, systematisch Daten zur alterspolitischen Landschaft in allen Aargauer Gemeinden zu erfassen. Dabei wurden insbesondere Herausforderungen, thematische Schwerpunkte, bestehende Aktivitäten, eingesetzte Instrumente sowie der Bedarf an Vernetzung erhoben.

Im Rahmen dieser bisherigen Studien zeigte sich deutlich, dass die Gemeinden in einem sehr unterschiedlichen Ausmass in der Alterspolitik aktiv sind. Gleichzeitig besteht ein grosses Interesse an praxisnaher Unterstützung, Wissensaufbereitung und einem strukturierten Erfahrungsaustausch. Um die Wirkung der bisherigen Initiativen zu evaluieren, Entwicklungen sichtbar zu machen und neue Bedarfe zu erfassen, plante die Fachstelle Alter und Familie eine Folgerhebung, deren Erkenntnisse gezielt zur Weiterentwicklung von Unterstützungsleistungen und zur Förderung einer zukunftsorientierten Alterspolitik auf kommunaler und regionaler Ebene genutzt werden sollen.

1.2 Zielsetzung

Ziel dieser geplanten Folgerhebung ist es, aufbauend auf den bisherigen Studien von 2017 und 2021, ein aktualisiertes und vertieftes Bild über die Umsetzung und Entwicklung der Alterspolitik im Kanton Aargau zu gewinnen. Die Erhebung soll aufzeigen, wie Gemeinden aktuell im Altersbereich tätig sind, welche Strukturen und Angebote es gibt und welche Entwicklungen sich in den letzten Jahren abgezeichnet haben. Im Zentrum steht die systematische Erfassung relevanter Indikatoren (wie vorhandener Instrumente, Konzepte, Strategien und Leitbilder), bestehender Dienstleistungen sowie durch Gemeinden unterstützter Projekte und Formen der regionalen Zusammenarbeit. Darüber hinaus sollen zukünftige Herausforderungen und Themen identifiziert werden, die aus Sicht der Gemeinden an Bedeutung gewinnen – etwa im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel, der Sozialen Teilhabe oder dem altersgerechten Wohnen. Die Ergebnisse dienen dazu, fundierte Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der kantonalen Alterspolitik zu gewinnen und die Unterstützungsangebote der Fachstelle Alter und Familie sowie des Aargauer Netzwerks Alter gezielt auf die aktuellen und zukünftigen Bedürfnisse der Gemeinden und Organisationen auszurichten. Die Folgerhebung trägt so dazu bei, die Alterspolitik im Kanton Aargau strategisch weiterzuentwickeln und deren Wirksamkeit auf kommunaler und regionaler Ebene langfristig zu stärken.

1.3 Fragestellungen

Die vorliegende Befragungsstudie ging folgenden Fragestellungen nach:

1. Wie hat sich die Organisation und Umsetzung der Alterspolitik in den Aargauer Gemeinden seit den beiden letzten Erhebungen entwickelt?

2. Welche alterspolitischen Themen stehen aktuell im Fokus der Gemeinden, und welche neuen Herausforderungen sind seit der letzten Erhebung hinzugekommen?
3. Welche Instrumente, Strategien und Angebote nutzen die Gemeinden zur Umsetzung ihrer Alterspolitik?
4. Wie ist der aktuelle Stand der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden sowie zwischen den Gemeinden und anderen Akteuren?
5. Welche Dienstleistungen und Projekte bieten die Gemeinden aktuell an oder unterstützen sie finanziell?
6. Wie schätzen die Gemeinden die Bedeutung der Alterspolitik ein – und wie bereiten sie sich auf zukünftige Entwicklungen vor?
7. Inwiefern werden spezifische Zielgruppen (z. B. hochaltrige Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, pflegende Angehörige) in der Alterspolitik berücksichtigt?
8. Welche Auswirkungen haben gesellschaftliche Ereignisse wie die zunehmende Digitalisierung auf die lokale Alterspolitik, und welche bleibenden Veränderungen sind sichtbar?
9. Wie bewerten die Gemeinden die bestehenden Unterstützungsangebote der Fachstelle Alter und Familie und anderer kantonaler Stellen – und wo sehen sie weiteren Bedarf?

2 Methodik und Stichprobe

2.1 Befragungsdesign

Als Zielgruppe für das Projekt wurden die Gemeinden des Kantons Aargau herangezogen. Um ein möglichst umfassendes und aktuelles Bild der Alterspolitik im Kanton Aargau zu gewinnen, knüpfte die aktuelle Folgestudie methodisch an das Vorgehen der Erhebungen von 2017¹ und 2021² an und entwickelte diese punktuell weiter. Ziel war es, sowohl eine hohe Vergleichbarkeit mit den Vorstudien zu gewährleisten als auch neue Erkenntnisse zu aktuellen und künftigen Herausforderungen zu gewinnen.

Wie in den bisherigen Erhebungen wurden alle 197 Gemeinden des Kantons Aargau zur Teilnahme an der Befragung eingeladen. Die Befragung erfolgte mittels eines strukturierten Onlinefragebogens, der in Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber (Kanton Aargau) überarbeitet und aktualisiert wurde. Der Link zur Befragung wurde den Gemeinden elektronisch von der Fachstelle Alter und Familie zugestellt. Um eine möglichst hohe Rücklaufquote zu erreichen, wurden Erinnerungsschreiben (via E-Mail) genutzt. Die ausführliche Bestandsaufnahme führte die Hochschule für Soziale Arbeit (FHNW) durch.

Die Erhebung umfasst mehrheitlich geschlossene (quantitative), aber zum Teil auch offene (qualitative) Fragen. Dies ermöglicht eine systematische Auswertung sowie eine vertiefte Einordnung der Erfahrungen, Herausforderungen und Bedürfnisse der Gemeinden. Die quantitative Auswertung erfolgte mittels deskriptivstatistischer Verfahren. Ergänzend wurde – wie bereits in früheren Erhebungen – die Gemeindetypologie des Bundesamts für Statistik (BFS) angewendet, um Unterschiede zwischen städtischen, intermediären und ländlichen Gemeinden sichtbar zu machen.

2.2 Stichprobe und Zuordnung nach Raumtyp

Zwischen Oktober 2025 und Januar 2026 wurde im Auftrag der Fachstelle Alter und Familie des Kantons Aargau die Befragung online durchgeführt. Der Onlinefragebogen wurde an die (Stand 2025) 197 Gemeinden versendet. 169 Gemeinden haben an der Befragung teilgenommen; dies entspricht einer Rücklaufquote von 85,7 %.

Neben der gesamthaften Rücklaufquote, konnte auch der Rücklauf zwischen den Bezirken abgebildet werden (Tab. 1). Es zeigt sich, dass alle Gemeinden der Bezirke Aarau und Brugg teilgenommen haben und auch die Teilnahmebereitschaft der anderen Bezirke mehrheitlich bei über 80 % liegt. Einzig die Bezirke Bremgarten und Rheinfelden haben eine etwas geringere Teilnahmebereitschaft gezeigt; wenn diese aber auch immer noch jeweils über 77 Prozent liegt.

¹ <https://www.ag.ch/media/kanton-aargau/dgs/bilder/gesellschaft/alter/gemeinden/2017-alterspolitik-in-aargauer-gemeinden.pdf>

² <https://www.ag.ch/media/kanton-aargau/dgs/bilder/gesellschaft/alter/gemeinden/2021-alterspolitik-in-aargauer-gemeinden.pdf>

| Bezirk | Prozente (Rücklauf) |
|---------------|--------------------------------|
| Aarau | 100.0 |
| Baden | 84.0 |
| Bremgarten | 77.3 |
| Brugg | 100.0 |
| Kulm | 81.3 |
| Laufenburg | 88.2 |
| Lenzburg | 85.0 |
| Muri | 84.2 |
| Rheinfelden | 78.6 |
| Zofingen | 82.4 |
| Zurzach | 86.7 |

Tab. 1: Rücklauf je nach Bezirk

Die Fragen wurden in den Gemeinden von Personen mit unterschiedlichen Funktionen beantwortet. Wie Tabelle 2 zeigt, waren dies vorwiegend Gemeindeschreiber:innen und Mitglieder des Gemeinderats.

Die Gemeinden wurden für die Berichterstattung zusätzlich in drei Raumtypen unterteilt: in städtische, ländliche und intermediäre Gemeinden. Die räumlichen Gliederungen basieren auf den vom Bundesamt für Statistik (BFS) zur Verfügung gestellten Typologien. Bezüglich der räumlichen Kategorien entfallen in der Stichprobe 25.5 % auf städtische, 33.1 % auf intermediäre (dichter periurbaner Raum und ländliche Zentren) und 41.4 % auf ländliche Gemeinden.

| Funktion in der Gemeinde | Häufigkeit (Mehrfachantworten) | Prozente (Mehrfachantworten) |
|---|---|---|
| Gemeindeammann/Gemeindepräsidentin/Gemeindepräsident | 6 | 3.6 |
| Mitglied des Gemeinderats | 54 | 32.0 |
| Gemeindeschreiberin/Gemeindeschreiber | 75 | 44.4 |
| Ableitungsleitung Soziales | 15 | 8.9 |
| Ableitungsleitung sonstige Abteilung | 2 | 1.2 |
| Altersbeauftragte Person der Gemeinde (angestellt bei der Gemeindeverwaltung) | 10 | 5.9 |
| Sonstige Funktion | 23 | 13.6 |

Tab. 2: Stichprobe: Funktion in der Gemeinde

3 Ergebnisse

3.1 Wichtigkeit der Alterspolitik in der Gemeinde

Eine der ersten Fragen im Fragebogen sollte eruieren, wie wichtig das Thema Alterspolitik für die jeweilige Gemeinde ist. Die Antworten konnten auf einer Skala von 1 «gar nicht wichtig» bis 10 «sehr wichtig» abgegeben werden (Abb. 1). Es ergibt sich für alle Gemeinden ein Mittelwert von 7.04 (Standardabweichung: 1.60). Der hohe Mittelwert und der kumulierte Anteil von 68 % bei allein den Werten von 7 bis 10 verweist auf eine hohe Wichtigkeit der Thematik. Diese Werte sind mit der letzten Befragungsstudie von 2021 vergleichbar; auch hier hatten 62 % der Gemeinden Werte zwischen 7 und 10 angegeben.

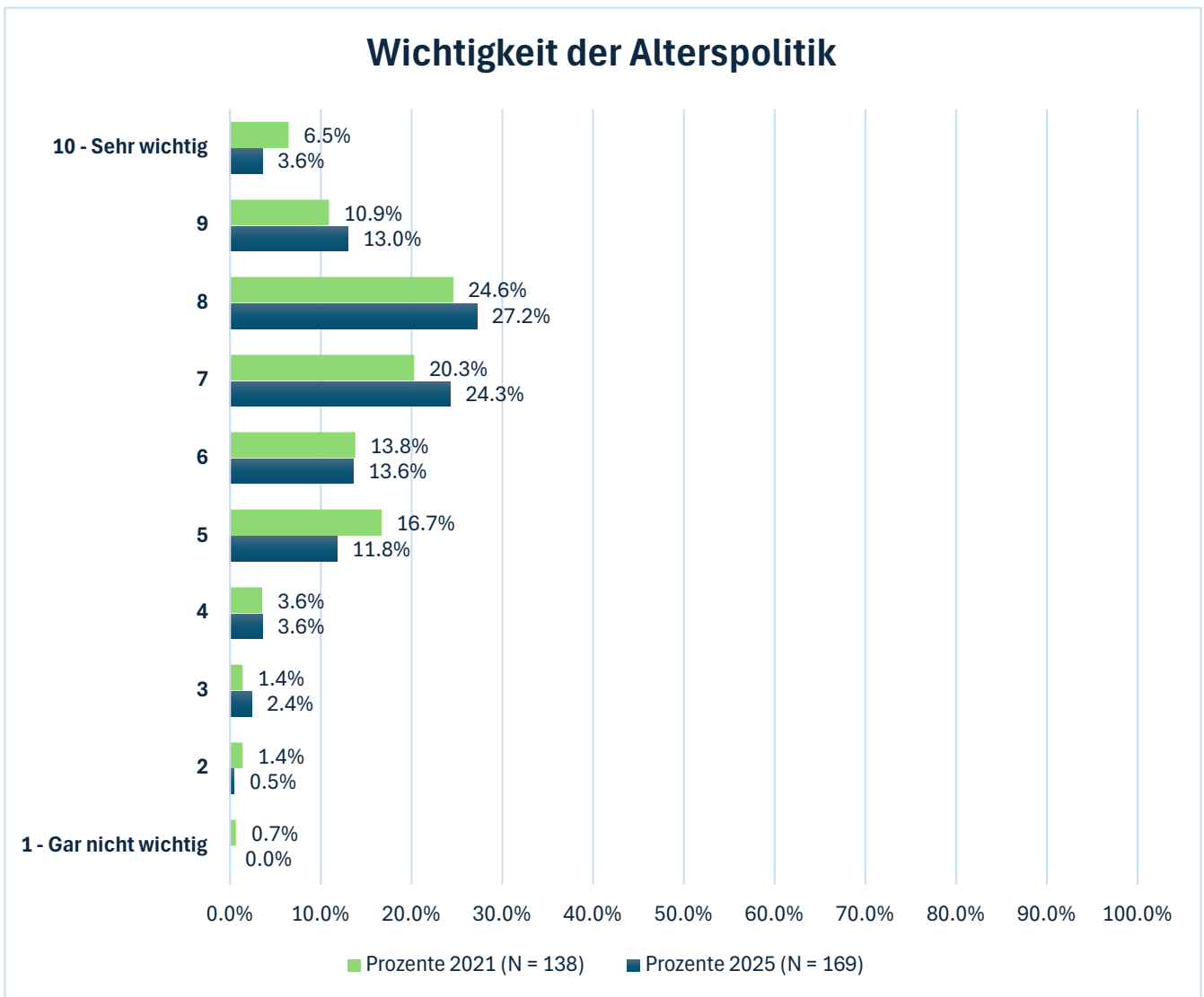


Abb. 1: Wichtigkeit der Alterspolitik in den Gemeinden

Beim Vergleich der Gemeindetypen zeigen sich keine signifikanten Unterschiede in der Bewertung der Wichtigkeit der Alterspolitik. Die Mittelwerte betragen im ländlichen Gebiet 6.80, im städtischen 7.35 und im intermediären 7.10. Damit wird weder z. B. in städtischen noch in ländlichen Gemeinden der Alterspolitik ein viel höherer Stellenwert zugemessen.

3.2 Organisation der Alterspolitik in der Gemeinde

3.2.1 Altersleitbild und Legislaturziele

Alterspolitik kann unterschiedlich in der Gemeinde verankert sein; ein wichtiges Instrument sind Altersleitbilder oder Legislaturziele. Von den befragten Gemeinden gaben 16.6 % an, dass sie ein kommunales Altersleitbild besitzen und weitere 11.2 % erklärten, dass sie über ein regionales Altersleitbild verfügen. In den vorangegangenen Befragungen wurden keine Legislaturziele erhoben; diese wurden erstmals in der aktuellen Befragung abgefragt. Zudem bestand in der aktuellen Erhebung die Möglichkeit, zwischen einem regionalen und einem kommunalen Altersleitbild zu differenzieren. Dass Alterspolitik über Legislaturziele geregelt ist, wurde von 42.6 % der Befragten bejaht. Gemeinden, die ein Altersleitbild besitzen, gaben auch eher an, dass sie Legislaturziele formuliert haben.

Werden die kommunalen und regionalen Altersleitbilder zusammengeführt, besitzen 47 der 197 Gemeinden ein kommunales oder/und ein regionales Leitbild; daraus ergibt sich eine gemeinsame Prozentzahl von 28 % von Gemeinden, die zumindest ein Altersleitbild haben (Abb. 2). Im Vergleich zu den Befragungen aus dem Jahr 2017 (10 %) und 2021 (27 %) ist der Anteil der Gemeinden mit Altersleitbild seit der letzten Befragung eher gleich geblieben (28 %). Zwischen den Raumtypen ergeben sich keine signifikanten Unterschiede, wobei schon zu erkennen ist, dass ländliche Gemeinden eher regionale Altersleitbilder nutzen und städtische und intermediäre Gemeinden etwas häufiger kommunale Leitbilder besitzen.

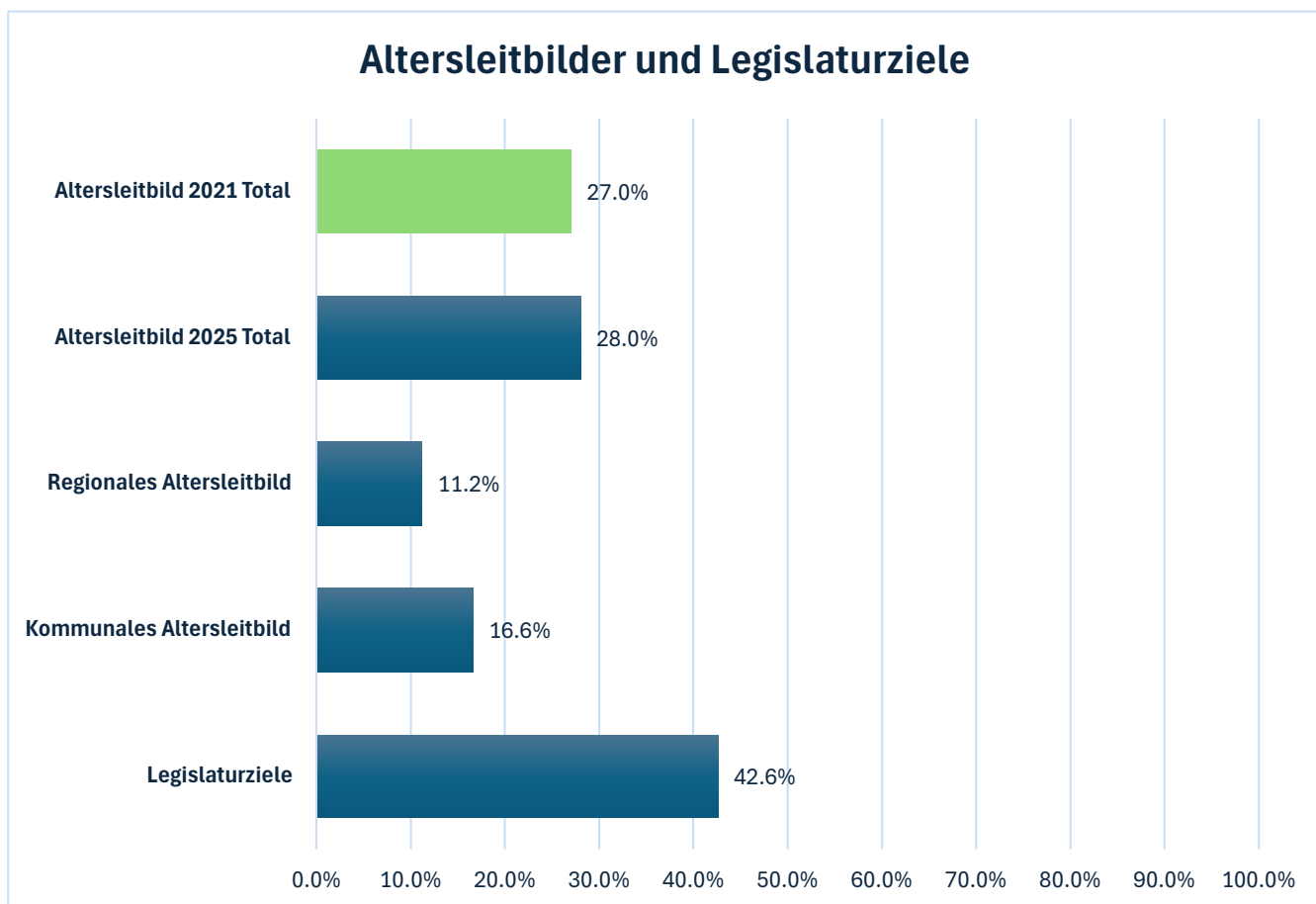


Abb. 2: Altersleitbilder und Legislaturziele (Mehrfachantworten möglich)

Die Gemeinden, die über ein Altersleitbild verfügen, wurden zusätzlich gefragt, aus welchem Jahr dieses Leitbild sei. Für die meisten Gemeinden mit Altersleitbild ist das Altersleitbild noch relativ neu (25 Gemeinden) es wurde erst 2021 oder später eingesetzt. Allein sieben Gemeinden haben erst 2025 ein solches Leitbild erstellt. Im Durchschnitt verfügen die Gemeinden seit zehn Jahren über ein Altersleitbild. Neben dem Altersleitbild haben 33 Gemeinden zusätzlich zum Leitbild einen Massnahmenplan erarbeitet.

3.2.2 Weitere Massnahmen der Alterspolitik

Neben den bereits genannten Formen der gelebten Alterspolitik wurden auch zusätzliche Formen mit erhoben (Abb. 3). So besitzen 18.3 % (31 Gemeinden) aller befragter Gemeinden einen Massnahmenplan zur Alterspolitik mit konkreten Massnahmen, und 64.5 % (109 Gemeinden) gaben an, dass sie Alterspolitik durch altersspezifische Dienstleistungen, Projekte und Aktivitäten leben. Zudem erklärten 8.9 % (15 Gemeinden) der befragten Gemeinden, dass sie eine personelle Verankerung (altersbeauftragte Person) in der Gemeinde haben. Eine Senioren- oder Alterskommission agiert in 43 der 169 befragten Gemeinden (25.4 %), und 11.8 % ziehen ältere Menschen systematisch in die Gemeindepolitik mit ein. 25 Gemeinden (14.8 %) gaben an, dass sie keine der genannten Massnahmen in ihrer Gemeinde anbieten.

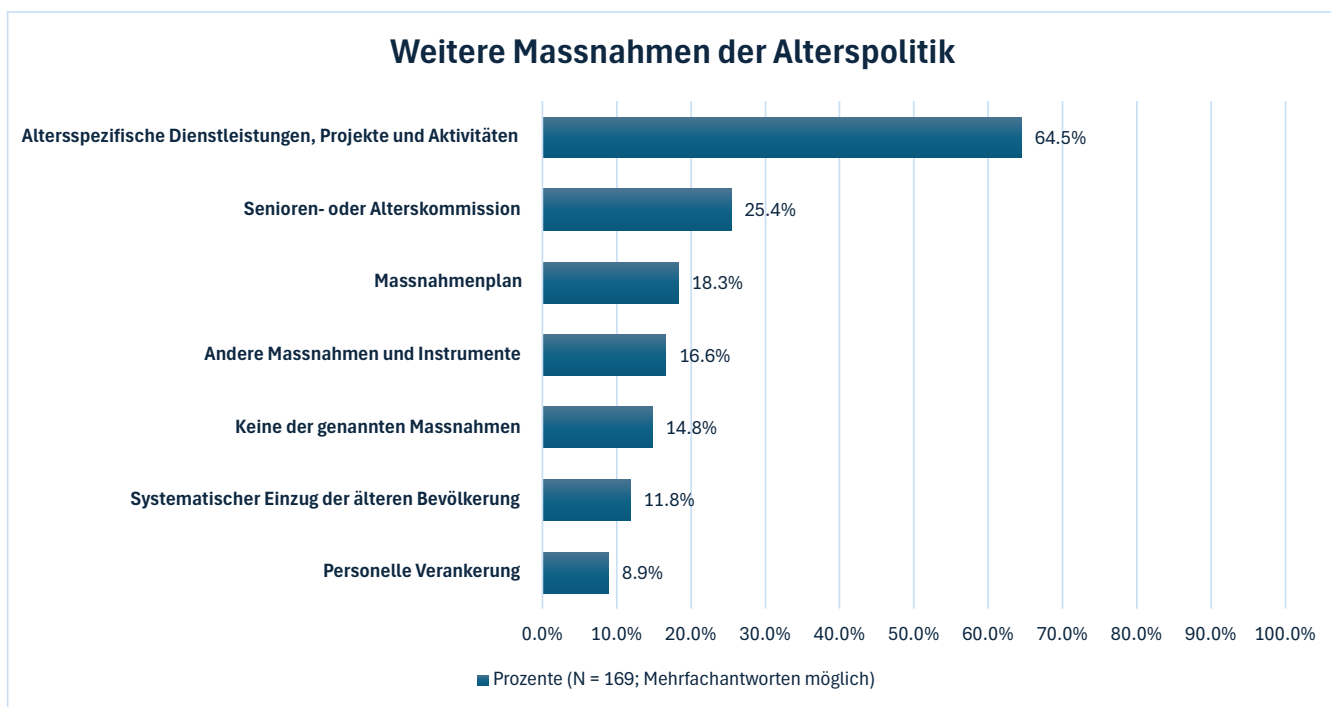


Abb. 3: Weitere Massnahmen der Alterspolitik (sortiert nach Häufigkeit; Mehrfachantworten möglich)

3.2.3 Zuständigkeiten

Für das Thema «Alter und Alterspolitik» sind nach Gemeindeangaben unterschiedliche Ressorts verantwortlich (Tab. 3). Das Ressort Soziales wurde mit 33.7 % am häufigsten genannt, gefolgt von jenem für Gesundheit mit 26.6 %. Zusammen machen diese beiden Bereiche rund 60 % aller Nennungen aus. Das Ressort Alter nimmt mit 16.6 % eine deutlich nachgeordnete, aber weiterhin relevante Position ein, während alle übrigen Bereiche (Sicherheit, Familie/Jugend sowie Bildung/Kultur/Sport) nur marginal auftreten und zusammen weniger als 12 % ausmachen.

| Ressort (nach Eigenangabe) | Häufigkeit | Prozente |
|-----------------------------------|-------------------|-----------------|
| Soziales | 57 | 33.7 |
| Gesundheit | 45 | 26.6 |
| Alter | 28 | 16.6 |
| Sicherheit/Bevölkerungsschutz | 9 | 5.3 |
| Familie/Jugend | 6 | 3.6 |
| Bildung/Kultur/Sport | 5 | 3.0 |
| Sonstiges | 19 | 11.2 |
| Total | 169 | 100 |

Tab. 3: Für das Thema «Alter und Alterspolitik» verantwortliche Ressorts

In 40 der 169 Gemeinden (23.7 %) gibt es keine verwaltungsinterne Stelle für das Thema «Alter». Diesem Thema nehmen sich vorwiegend die Sozialdienste der Gemeinden bzw. die Gemeindeschreiberin/der Gemeindeschreiber an. In 20 von 169 Gemeinden wurden SVA-Zweigstellen als zuständig für das Thema Alter angegeben, während in 14 von 169 Gemeinden eine Fachstelle für Alter oder Gesellschaft institutionell verankert ist.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welchem Umfang personelle Ressourcen innerhalb der Gemeindeverwaltungen für das Themenfeld Alter zur Verfügung stehen. Die Ergebnisse der Befragung verdeutlichen, dass in der Mehrheit der Gemeinden (52.8 %) keinerlei spezifische Stellenprozente für diesen Aufgabenbereich vorgesehen sind. In weiteren 41.0 % der Fälle sind lediglich bis zu maximal 20 Stellenprozente für altersbezogene Themen reserviert. Lediglich ein kleiner Anteil von 6.2 % der Gemeinden verfügt über einen höheren Stellenumfang für diesen Bereich, was auf eine insgesamt eher geringe personelle Verankerung des Themas Alter in den Gemeindestrukturen hinweist.

3.2.4 Alterskommission und Einbezug von älteren Menschen

Hinsichtlich der institutionellen Verankerung altersbezogener Anliegen wurde erhoben, ob in den Gemeinden eine kommunale oder regionale Alters- bzw. Seniorenkommission besteht. Rund ein Drittel der befragten Gemeinden (32.2 %) bestätigt das Vorhandensein einer solchen Kommission, während weitere 8.3 % die Einrichtung einer solchen planen. Bei 74.1 % der Gemeinden mit einer Alters- oder Seniorenkommission ist diese auf kommunaler Ebene organisiert; in den übrigen Fällen handelt es sich um eine regionale Struktur. Besteht eine solche Kommission, verfügt sie in der Regel (72.5 %) über ein eigenes Budget, das von der jeweiligen Gemeinde bereitgestellt wird.

Die Gemeinden wurden zudem nach den Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen der Alters- oder Seniorenkommissionen gefragt. Wie die Ergebnisse zeigen, übernehmen sie in den Gemeinden überwiegend eine beratende Funktion gegenüber dem Gemeinderat und fungieren als Bindeglied zwischen der älteren Bevölkerung und der Politik. Gleichzeitig sind sie stark in der praktischen Organisation und Durchführung von Angeboten und Veranstaltungen für Senior:innen engagiert, etwa in den Bereichen Begegnung, Information und Mobilität. Formale Entscheidungsbefugnisse haben sie in der Regel nicht; ihre Rolle liegt primär in der Beratung, Koordination und Umsetzung bewilligter Massnahmen.

Gemeinden können unabhängig davon, ob sie über eine Alters- oder Seniorenkommission verfügen, ältere Menschen auch direkt oder indirekt in Fragen zur kommunalen Alterspolitik einbeziehen. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass 22.6 % der Gemeinden ältere Einwohner:innen regelmässig – beispielsweise bei der Ausarbeitung oder Umsetzung von Massnahmen im Altersbereich – miteinbinden.

Weitere 33.5 % der Gemeinden tun dies zumindest von Zeit zu Zeit. Demgegenüber gaben 43.9 % der befragten Gemeinden an, die ältere Bevölkerung bislang nicht an altersbezogenen Entscheidungs- oder Gestaltungsprozessen teilhaben zu lassen.

3.2.5 Anlaufstellen für Altersfragen und Zusammenarbeit mit Organisationen

Ein weiterer Aspekt der kommunalen Altersversorgung betrifft die Organisation der Anlauf- und Beratungsstelle für Altersfragen gemäss § 18 Pflegegesetz. Die Befragung zeigt, dass lediglich 19 Gemeinden (11.2 %) über eine eigene, kommunale Fachstelle verfügen. Die grosse Mehrheit der Gemeinden (75.7 %) hat diese Aufgabe vertraglich an Pro Senectute übertragen. In den verbleibenden Fällen wird die Beratung anderweitig organisiert, etwa über andere Organisationen oder regionale Lösungen (z. B. Spitex oder übergemeindliche Angebote) oder sie befindet sich noch im Aufbau.

Die Gemeinden arbeiten in der Altersarbeit mit einem breiten Netzwerk unterschiedlicher Akteure zusammen, wobei sich deutliche Schwerpunkte erkennen lassen. Zentraler Partner ist oftmals Pro Senectute, die mit Abstand am häufigsten genannt wird und in vielen Gemeinden als wichtigste Anlauf-, Beratungs- und Fachstelle fungiert. Ebenfalls sehr häufig vertreten ist das ambulant pflegerische System Spitex – und zwar sowohl als Leistungserbringer wie auch als Kooperationspartner in regionalen Netzwerken. Darüber hinaus bestehen in vielen Gemeinden enge Verbindungen zu Alters- und Pflegeheimen, Kirchen, lokalen Vereinen, Nachbarschaftshilfen sowie regionalen Koordinations- oder Fachstellen Alter (z. B. Impuls Zusammenleben AargauSüd oder Koordinationsstelle Region Brugg). Insgesamt kann man von einem «kooperativen Modell» sprechen, in dem kommunale Stellen, regionale Fachstellen und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam die Altersarbeit tragen, wobei die konkrete Zusammensetzung dieses Netzwerks je nach Gemeinde variiert.

3.3 Angebote in der Gemeinde

3.3.1 Dienstleistungen für ältere Menschen

Anhand einer Auswahlliste (Tab. 4) sollten die Gemeinden angeben, welche Dienstleistungen sie für ältere Menschen anbieten und ob sie diese mitfinanzieren. Ziel war es, einen Überblick über die lokale Angebotslandschaft sowie den Grad der kommunalen Beteiligung zu erhalten. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass in vielen Gemeinden ein breites Spektrum an Dienstleistungen existiert, die kommunale Mitfinanzierung jedoch häufig begrenzt ist. Besonders verbreitet sind z. B. Beratungsstellen für ältere Personen, die in 79.9 % der Gemeinden vorhanden sind (59.1 % mit, 20.7 % ohne Finanzierung), sowie der Mahlzeitendienst, der jedoch nur von 13.5 % der Gemeinden mitfinanziert wird. Auch Treffpunkte für ältere Menschen sind mit 66.2 % relativ häufig vorhanden, werden aber nur in 31.8 % der Gemeinden finanziell unterstützt. Demgegenüber fehlen in vielen Gemeinden spezialisierte Angebote wie Tages- und Nachtstrukturen mit Pflege (27.0 % vorhanden) oder Angebote für Menschen mit Demenz und deren Angehörige (37.3 % vorhanden). Zudem sind organisierte Nachbarschaftshilfen, Fachstellen Alter sowie Angebote für ältere Menschen mit Migrationshintergrund besonders selten. Insgesamt deuten die Befunde auf eine gewisse Diskrepanz zwischen Angebotsverfügbarkeit und kommunaler Mitfinanzierung hin, insbesondere bei betreuungs- und entlastungsbezogenen Dienstleistungen.

Werden die Ergebnisse mit der Befragung aus dem Jahr 2021 verglichen, zeigt sich eine weitgehend ähnliche Präferenzstruktur in der Verfügbarkeit der angebotenen Dienstleistungen. Bereits 2021 gehörten beispielsweise Freizeitvereine, Mahlzeitendienste und Mittagstische zu den am häufigsten genannten Angeboten, während organisierte Nachbarschaftshilfen, Entlastungsdienste für pflegende Angehörige oder Tagesstätten mit Pflegeangeboten vergleichsweise selten vertreten waren. Dieses Muster bestätigt sich somit auch in der aktuellen Erhebung.

| Dienstleistungen | In der Gemeinde vorhanden und mitfinanziert durch die Ge- meinde | In der Gemeinde vorhanden, aber nicht finanziert durch die Ge- meinde | Nicht vorhanden |
|--|--|---|-----------------|
| | Prozente (gültige Prozente je Dienstleistung) | | |
| Turn-/Wander-/Freizeitverein | 23.3 | 63.8 | 12.9 |
| Mahlzeitendienst | 13.5 | 69.9 | 16.6 |
| Mittagstisch | 17.8 | 63.8 | 18.4 |
| Beratungsstellen für ältere Personen (z. B. Sozialberatung, finanzielle Hilfe) | 59.1 | 20.7 | 20.1 |
| Administrative Hilfen | 37.5 | 39.4 | 23.1 |
| Haushaltshilfe | 30.4 | 46.2 | 23.4 |
| Fahrdienst | 27.5 | 44.4 | 28.1 |
| Treffpunkt für ältere Menschen | 31.8 | 34.4 | 33.8 |
| Besuchsdienst | 14.7 | 44.1 | 41.3 |
| Generationsverbindende Projekte (z. B. Senior:innen in Schulen) | 32.9 | 25.2 | 41.9 |
| Alters-/Pflegeheim, Alterszentrum | 33.7 | 18.7 | 47.6 |
| Beratung zum Thema «Wohnen im Alter» | 31.4 | 20.5 | 48.1 |
| Entlastungsdienst für pflegende Angehörige | 12.4 | 38.8 | 48.8 |
| Regelmässige Veranstaltungen zu Alters- themen | 34.2 | 16.8 | 49.0 |
| Betreutes Wohnen/Alterssiedlungen | 17.5 | 27.7 | 54.8 |
| Angebote für Personen mit Demenz und deren Angehörige | 18.3 | 19.0 | 62.7 |
| Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit | 25.9 | 11.4 | 62.7 |
| Angebote für ältere Personen mit Migrati- onshintergrund und/oder Fluchterfahrung | 22.0 | 10.7 | 67.3 |
| Organisierte Nachbarschaftshilfe | 11.3 | 20.5 | 68.2 |
| Tagesstätte/Tages-/Nachtstrukturen mit Pflegeangeboten | 11.2 | 15.8 | 73.0 |

Tab. 4: Angebot altersrelevanter Dienstleistungen der Gemeinden (sortiert nach «nicht vorhanden»)

Um die Anzahl der angebotenen Dienstleistungen systematisch in Bezug auf die unterschiedlichen Raumtypen vergleichen zu können, wurde für jede antwortende Gemeinde die Summe aller vorhandenen Dienstleistungen gebildet. Dieser Summenwert kann theoretisch zwischen 0 und 14 liegen, wobei der Wert «0» lediglich in vier Gemeinden vorkam. Über alle 169 Gemeinden hinweg ergibt sich ein Mittelwert von 11.00 Dienstleistungen (Standardabweichung = 5.03) sowie ein Median von 11. Dies bedeutet, dass die Hälfte der Gemeinden weniger als elf Angebote aufweist, während die andere Hälfte über

mehr als elf Angebote verfügt. Die Analyse zeigt zudem deutliche Unterschiede zwischen den Gemeindetypen, die statistisch signifikant ausfallen. Städtische Gemeinden bieten im Durchschnitt 13.70 Dienstleistungen an, intermediäre Gemeinden 10.71 und ländliche Gemeinden 8.97. Damit nimmt die Angebotsvielfalt systematisch mit zunehmender Urbanität zu.

3.3.2 Abgedeckte Themen in der Gemeinde

Orientiert an den fünf Handlungsfeldern zur Alterspolitik des Kantons Aargau³ (Soziale Teilhabe und Partizipation, Sicherheit und Prävention, Erwerbs- und Freiwilligenarbeit, Wohnen, Mobilität und öffentlicher Raum sowie Beratung und Unterstützung) sowie den drei ergänzenden Handlungsfeldern Gesundheit, Finanzen und Digitalisierung wurden die Gemeinden dazu befragt, welche dieser Themenbereiche in ihrer lokalen Alterspolitik berücksichtigt werden. Dabei hatten die Gemeinden die Möglichkeit, mehrere Themen anzukreuzen (Tab. 5)

Die Ergebnisse zeigen, dass die Alterspolitik der Gemeinden vor allem auf Beratung und Unterstützung ausgerichtet ist: Dieses Handlungsfeld wird von 76.3 % aller Gemeinden abgedeckt und ist insbesondere in intermediären (85.4 %) und städtischen Gemeinden (81.1 %) stark vertreten, während ländliche Gemeinden mit 68.3 % etwas schlechter abschneiden. Ebenfalls relativ häufig berücksichtigt wird die Soziale Teilhabe und Partizipation (58.0 % insgesamt), wobei städtische Gemeinden hier deutlich höhere Werte aufweisen (70.3 %) als ländliche (55.0 %).

Deutliche Unterschiede zwischen den Raumtypen zeigen sich z. B. bei den Themen Gesundheit (gesamt 49.7 %; städtisch 70.3 %; ländlich 35.0 %) sowie Erwerbs- und Freiwilligenarbeit (gesamt 47.3 %; städtisch 73.0 %; ländlich 33.3 %). Auch das Handlungsfeld Wohnen, Mobilität und öffentlicher Raum wird vor allem in städtischen Gemeinden bearbeitet (73.0 %), während es in intermediären (33.3 %) und ländlichen Gemeinden (36.7 %) deutlich seltener vorkommt. Am wenigsten verbreitet sind die Themen Sicherheit und Prävention (32.5 %) sowie Digitalisierung (27.8 %), wobei beide Bereiche in städtischen Gemeinden wesentlich häufiger vertreten sind (je 54.1 % bzw. 43.2 %) als in ländlichen Gemeinden (25.0 % bzw. 15.0 %). Insgesamt lässt sich festhalten, dass alle Handlungsfelder in städtischen Gemeinden deutlich häufiger abgedeckt werden als in intermediären und insbesondere ländlichen Gemeinden.

Um Unterschiede zwischen den Raumtypen vergleichbar zu machen, wurde für jede Gemeinde die Anzahl der in ihrer Alterspolitik abgedeckten Themen addiert. Dieser Gesamtwert kann theoretisch zwischen 0 und 8 liegen; der Wert «0» trat dabei lediglich in 16 Gemeinden auf. Für alle 169 Gemeinden zusammen ergibt sich ein Mittelwert von 3.78 Themen (Standardabweichung = 2.48) und ein Median von 4. Das bedeutet, dass 50 % der Gemeinden weniger als vier Themen bearbeiten, während die andere Hälfte vier oder mehr Themen abdeckt. Zwischen den Gemeindetypen bestehen dabei statistisch signifikante Unterschiede: Städtische Gemeinden decken im Durchschnitt 5.08 Themen ab, intermediäre Gemeinden 3.65 und ländliche Gemeinden 3.05.

³ <https://www.ag.ch/de/themen/soziales-gesellschaft/alter/ueber-die-fachstelle/kantonale-alterspolitik/leitsaetze-zur-alterspolitik>

| Abgedeckte Themen | Alle befragten Gemeinden | Nur städtische | Nur intermediäre | Nur ländliche |
|---|-----------------------------|-------------------|---------------------|------------------|
| Prozente (gültige Prozente je Thema) | | | | |
| Beratung und Unterstützung. Bei Unterstützungsbedarf erhalten ältere Menschen, ihre Angehörigen und ihr betreuendes Umfeld die geeigneten Informationen, Beratungen und Dienstleistungen. | 76.3 | 81.1 | 85.4 | 68.3 |
| Soziale Teilhabe und Partizipation. Die ältere Bevölkerung kann am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und die Alterspolitik mitgestalten. | 58.0 | 70.3 | 58.3 | 55.0 |
| Gesundheit. Die ältere Bevölkerung erhält Zugang zu Prävention, Gesundheitsförderung und medizinischer Versorgung, um ihre Selbstständigkeit möglichst lange zu erhalten. | 49.7 | 70.3 | 50.0 | 35.0 |
| Erwerbs- und Freiwilligenarbeit. Das Potenzial der älteren Erwerbstätigen wird genutzt. Seniorinnen und Senioren bleiben eine wichtige Kraft in der Freiwilligen-, Nachbarschafts- und Familienarbeit. | 47.3 | 73.0 | 45.8 | 33.3 |
| Wohnen, Mobilität und öffentlicher Raum. Durch geeignete Infrastrukturen und Dienstleistungen leben Seniorinnen und Senioren selbstbestimmt und eigenständig, sind mobil und nutzen den öffentlichen Raum. | 44.4 | 73.0 | 33.3 | 36.7 |
| Finanzen. Ältere Menschen verfügen über finanzielle Sicherheit und werden bei Bedarf im Umgang mit ihren Mitteln beraten. | 41.4 | 43.2 | 39.6 | 36.7 |
| Sicherheit und Prävention. Die Seniorinnen und Senioren kennen die möglichen Gefahren im Alltagsleben und werden in ihren Ressourcen gestärkt. | 32.5 | 54.1 | 22.9 | 25.0 |
| Digitalisierung. Die ältere Bevölkerung nutzt digitale Möglichkeiten für Information, Teilhabe und Sicherheit. | 27.8 | 43.2 | 29.2 | 15.0 |

Tab. 5: Abgedeckte Themen in der Alterspolitik der Gemeinden (sortiert nach «Alle befragten Gemeinden»)

Zudem zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der abgedeckten Themen und der Einschätzung der Bedeutung der Alterspolitik (siehe weiter oben) insgesamt. Es besteht eine statistisch signifikante Korrelation ($r = .304, p < 0.001$), die darauf hinweist, dass Gemeinden mit einer breiteren thematischen Ausrichtung ihrer Alterspolitik diese tendenziell auch als wichtiger bewerten. Umgekehrt schätzen Gemeinden mit einer geringeren Themenvielfalt die Alterspolitik insgesamt eher als weniger bedeutsam ein. Es zeigt sich somit, dass Gemeinden, die mehr Altersthemen abdecken, die Alterspolitik auch als wichtiger bewerten. Zusätzlich zu den vorgegebenen Themenfeldern konnten die Gemeinden in einer offenen Frage weitere für sie relevante Aspekte ihrer Alterspolitik nennen. Mehrere Gemeinden betonten dabei, dass sie ihre altersbezogenen Aufgaben überwiegend in Zusammenarbeit mit externen Akteuren wie Pro Senectute, Spitex, lokalen Alterszentren oder Kirchengemeinden wahrnehmen. Einzelne Gemeinden erklärten, dass kein formales Altersleitbild besteht, während andere auf neu gegründete Alterskommissionen oder Foren verwiesen, die sich künftig mit Altersfragen befassen sollen. Inhaltlich wurden punktuell Themen wie «Leben mit Demenz», «Alter und Migration» sowie «Öffentlichkeitsarbeit» ergänzt. Insgesamt zeigen die offenen Antworten, dass Alterspolitik in vielen Gemeinden eher über Kooperationen mit bestehenden Strukturen als über ein eigenständiges kommunales Politikfeld umgesetzt wird.

3.4 Alterspolitische Ausrichtung der Gemeinden

3.4.1 Verfügbare Massnahmen, Projekte oder Konzepte

Zur vertieften Einschätzung der kommunalen Alterspolitik wurden die Gemeinden zudem gefragt, ob zu den verschiedenen Handlungsfeldern konkrete Massnahmen oder Projekte, entsprechende Konzepte oder Massnahmen geplant sind (Tab. 6). Damit sollte erfasst werden, in welchem Ausmass die Themen nicht nur deklarativ, sondern auch praktisch umgesetzt werden.

| Verfügbare Massnahmen | Massnahme/ Projekt vor- handen | Konzept vorhanden | Im Aufbau | Nein, nichts vorhanden |
|--|--------------------------------------|----------------------|-----------|---------------------------|
| Prozente (gültige Prozente je Thema) | | | | |
| Beratung und Unterstützung | 47.8 | 9.3 | 11.8 | 31.1 |
| Gesundheit | 40.3 | 6.3 | 11.3 | 42.1 |
| Finanzen | 39.9 | 7.2 | 3.3 | 49.7 |
| Soziale Teilhabe und Partizipation | 30.2 | 5.7 | 10.7 | 53.5 |
| Digitalisierung | 28.1 | 3.4 | 6.2 | 62.3 |
| Wohnen, Mobilität und öffentlicher Raum | 27.2 | 6.3 | 19.6 | 46.8 |
| Erwerbs- und Freiwilligenarbeit | 25.9 | 5.7 | 17.1 | 51.3 |
| Sicherheit und Prävention | 20.0 | 5.2 | 8.4 | 66.5 |

Tab. 6: Verfügbare Massnahmen in der Alterspolitik der Gemeinden (sortiert nach «Massnahme/Projekt vorhanden»)

Die Ergebnisse zeigen, dass am häufigsten konkrete Massnahmen im Bereich Beratung und Unterstützung vorhanden sind (47.8 %), es für weitere 9.3 % ein Konzept gibt und 11.8 % aufgebaut werden; bei 31.1 % der Gemeinden existiert nichts dergleichen. Ebenfalls relativ gut verankert sind Massnahmen im Bereich Gesundheit (40.3 % vorhanden), während es bei 42.1 % der Gemeinden keine entsprechenden Massnahmen gibt. Beim Thema Finanzen verfügen 39.9 % über ein Projekt oder eine Massnahme,

knapp die Hälfte (49.7 %) jedoch über gar nichts. Deutlich schwächer ausgeprägt sind Massnahmen in den Feldern Soziale Teilhabe und Partizipation (30.2 % vorhanden) sowie Digitalisierung (28.1 % vorhanden, aber auch 62.3 % ohne Massnahmen). Am seltensten finden konkrete Aktivitäten in den Bereichen Sicherheit und Prävention (20.0 % vorhanden) sowie Erwerbs- und Freiwilligenarbeit (25.9 % vorhanden) statt. Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich die Umsetzung vor allem auf klassische Unterstützungs- und Gesundheitsangebote konzentriert, während stärker präventive, partizipative oder zukunftsorientierte Themenfelder deutlich weniger mit konkreten Massnahmen hinterlegt sind.

Um Vergleiche zwischen den Raumtypen zu ermöglichen, wurde für jede Gemeinde die Anzahl der vorhandenen Massnahmen summiert. Dieser Index kann theoretisch Werte zwischen 0 und 8 annehmen; der Wert «0» kam in 68 Gemeinden vor. Über alle Gemeinden, die hierzu Angaben gemacht haben, ergibt sich ein Mittelwert von 2.40 Massnahmen (Standardabweichung = 2.69) sowie ein Median von 1. Das bedeutet, dass die Hälfte der Gemeinden höchstens in einem Themenbereich eine konkrete Massnahme bereits umgesetzt hat, während die andere Hälfte über mehr als eine konkrete Massnahme verfügt. Auch hier zeigen sich statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Gemeindetypen: Städtische Gemeinden weisen im Durchschnitt 3.68 Themenfelder mit konkreten Massnahmen auf, intermediäre Gemeinden 2.33 und ländliche Gemeinden 1.45.

3.4.2 Wichtige alterspolitische Themen der Gemeinde heute und in Zukunft

Die Gemeinden wurden gebeten einzuschätzen, wie gut die aktuelle Alterspolitik die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung in verschiedenen Themenbereichen abdeckt. Tabelle 7 ordnet die Themenfelder nach ihrem durchschnittlichen Bewertungswert auf einer Skala von 1 («sehr schlecht») bis 5 («sehr gut») ein.

| Abgedeckte Themenfelder | Alle befragten Gemeinden | Nur städtische | Nur intermediäre | Nur ländliche |
|--|---|----------------|------------------|---------------|
| | Mittelwert (Skala: 1 «sehr schlecht» bis 5 «sehr gut») | | | |
| Beratung und Unterstützung | 3.86 | 4.06 | 3.96 | 3.65 |
| Gesundheit | 3.71 | 3.89 | 3.87 | 3.40 |
| Soziale Teilhabe und Partizipation | 3.48 | 3.80 | 3.58 | 3.29 |
| Finanzen | 3.47 | 3.70 | 3.42 | 3.33 |
| Wohnen, Mobilität und öffentlicher Raum | 3.21 | 3.50 | 3.30 | 2.83 |
| Erwerbs- und Freiwilligenarbeit | 3.18 | 3.54 | 3.33 | 2.74 |
| Sicherheit und Prävention | 3.04 | 3.36 | 3.00 | 2.83 |
| Digitalisierung | 2.95 | 3.09 | 3.16 | 2.58 |

Tab. 7: Aktiv abgedeckte Themenfelder in der Gemeinde (sortiert nach «Alle befragten Gemeinden»)

Insgesamt wird das Themenfeld Beratung und Unterstützung am besten bewertet (Mittelwert 3.86), wobei städtische Gemeinden besonders positiv urteilen (4.06) und ländliche Gemeinden etwas zurückhaltender sind (3.65). Auch der Bereich Gesundheit schneidet vergleichsweise gut ab (gesamt 3.71; städtisch 3.89; ländlich 3.40). Mittelmässig bewertet werden Soziale Teilhabe und Partizipation (3.48) sowie Finanzen (3.47), wiederum mit deutlich höheren Werten in städtischen Gemeinden.

Schwächer beurteilt werden die Themen Wohnen, Mobilität und öffentlicher Raum (3.21), Erwerbs- und Freiwilligenarbeit (3.18) sowie Sicherheit und Prävention (3.04), wobei ländliche Gemeinden hier jeweils am schlechtesten abschneiden. Am kritischsten wird der Bereich Digitalisierung eingeschätzt (2.95), insbesondere in ländlichen Gemeinden (2.58), was den tiefsten Wert darstellt.

Insgesamt zeigt sich ein klares Muster: Alle Themenfelder werden in städtischen Gemeinden systematisch besser bewertet als in intermediären und insbesondere ländlichen Gemeinden, und digitale sowie präventive Themen sind am schlechtesten abgedeckt.

Die Gemeinden konnten in einer zusätzlichen offenen Frage angeben, wo sie in den nächsten fünf bis zehn Jahren den grössten Handlungsbedarf im Bereich Alter sehen. Die sehr vielfältigen Antworten wurden in thematische Kategorien gebündelt, um zentrale Muster sichtbar zu machen. Mehrfachnennungen waren möglich; die Zahlen beziehen sich auf die Häufigkeit, mit der ein Thema in den offenen Antworten genannt wurde:

Zentrale Handlungsfelder (kategorisiert und nach Häufigkeit der Nennungen sortiert):

1. **Wohnen im Alter/Alterswohnungen/betreutes Wohnen:** Am häufigsten genannt wurde der Bedarf nach genügendem, altersgerechtem und bezahlbarem Wohnraum, inkl. betreuter Wohnformen, Generationenwohnen und dem Übergang vom Einfamilienhaus in geeignetere Wohnformen.
2. **Pflege, Spitex und Pflegeplätze:** Viele Gemeinden sehen dringenden Handlungsbedarf bei genügend Pflegeplätzen, beim Ausbau der Spitex sowie bei der Finanzierung steigender Pflege- und Restkosten. Häufig betont wird das Ziel, ein möglichst langes selbstbestimmtes Wohnen zu Hause zu ermöglichen.
3. **Soziale Teilhabe, Einsamkeit, Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe:** Mehrere Gemeinden nennen Vereinsamung im Alter, den Rückgang informeller Hilfe sowie den Bedarf, Freiwillige zu gewinnen und Nachbarschaftshilfe zu stärken.
4. **Koordination, Beratung, Alterskommissionen und Altersleitbild:** Genannt werden der Aufbau von Anlauf- und Beratungsstellen, eine bessere Vernetzung der Akteure, die Schaffung von Alterskommissionen sowie die Erarbeitung eines Altersleitbilds mit Massnahmenplan.
5. **Demografie, Überalterung und Gemeindefinanzen:** Die zunehmende Alterung der Bevölkerung und steigende Pflegekosten werden als strukturelle Herausforderung für die Gemeinden beschrieben.
6. **Digitalisierung:** Bedarf an Unterstützung älterer Menschen im Umgang mit digitalen Anwendungen, verbunden mit dem Wunsch, analoge Angebote beizubehalten.
7. **Mobilität/ÖV/Fahrdienste:** Besonders im ländlichen Raum werden ein fehlender ÖV, die Erreichbarkeit sowie der Bedarf an Fahrdiensten und barrierefreien Haltestellen hervorgehoben.

Zusammenfassend zeigen die offenen Antworten, dass der grösste zukünftige Handlungsbedarf aus Sicht der Gemeinden in drei Bereichen liegt: erstens im Wohnen im Alter, zweitens in der Sicherstellung von Pflege und Betreuung (ambulant und stationär) und drittens in der Stärkung von Sozialer Teilhabe, Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe. Ergänzend werden eine bessere Koordination, Beratung sowie der Umgang mit der Digitalisierung und Mobilität als zentrale Aufgaben der kommenden Jahre gesehen.

Zusätzlich zu den offenen Antworten wurden die Gemeinden gefragt, wie wichtig bestimmte Themenfelder in Zukunft für ihre ältere Bevölkerung sind. Die Bewertung erfolgte auf einer Skala von 1 («sehr unwichtig») bis 5 («sehr wichtig») (Tab. 8).

| Abgedeckte Themenfelder | Alle befragten Gemeinden | Nur städtische | Nur intermediäre | Nur ländliche |
|--|--|----------------|------------------|---------------|
| | Mittelwert (Skala: 1 «sehr unwichtig» bis 5 «sehr wichtig») | | | |
| Gesundheit | 4.42 | 4.67 | 4.42 | 4.24 |
| Beratung und Unterstützung | 4.34 | 4.58 | 4.30 | 4.13 |
| Wohnen, Mobilität und öffentlicher Raum | 4.29 | 4.56 | 4.33 | 4.06 |
| Soziale Teilhabe und Partizipation | 4.26 | 4.42 | 4.23 | 4.14 |
| Finanzen | 4.05 | 4.26 | 3.85 | 4.02 |
| Erwerbs- und Freiwilligenarbeit | 4.02 | 4.33 | 4.00 | 3.78 |
| Sicherheit und Prävention | 3.90 | 4.14 | 3.81 | 3.70 |
| Digitalisierung | 3.84 | 4.06 | 3.85 | 4.02 |

Tab. 8: Zukünftige Themenfelder für die ältere Bevölkerung der Gemeinde (sortiert nach «Alle befragten Gemeinden»)

Die Ergebnisse zeigen, dass alle Themenfelder insgesamt als eher bis sehr wichtig eingeschätzt werden, wobei die Gesundheit mit einem Mittelwert von 4.42 am höchsten bewertet wird. Besonders städtische Gemeinden messen diesem Bereich grosse Bedeutung bei (4.67), während der Wert in ländlichen Gemeinden mit 4.24 etwas niedriger ausfällt. Ebenfalls sehr hoch gewichtet werden die Aspekte Beratung und Unterstützung (gesamt 4.34; städtisch 4.58), gefolgt vom Wohnen, der Mobilität und dem öffentlichen Raum mit einem Wert von 4.29 insgesamt und von 4.56 in städtischen Gemeinden.

Auch die Soziale Teilhabe und Partizipation werden als wichtig erachtet (gesamt 4.26), wobei die Einschätzung bei allen Raumtypen relativ ähnlich ausfällt. Die Bereiche Finanzen (4.05) sowie Erwerbs- und Freiwilligenarbeit (4.02) werden etwas niedriger, aber weiterhin klar über dem mittleren Skalenwert gewichtet. Am wenigsten, jedoch immer noch als relevant eingeschätzt werden die Bereiche Sicherheit und Prävention (3.90) sowie Digitalisierung (3.84). Auffällig ist hier, dass die Digitalisierung in ländlichen Gemeinden (4.02) ähnlich hoch bewertet wird wie in intermediären Gemeinden (3.85) und das Ergebnis nur leicht unter dem städtischen Wert (4.06) liegt. Insgesamt verdeutlicht Tabelle 7, dass aus Sicht der Gemeinden insbesondere gesundheits-, beratungs- und wohnbezogene Themen in den kommenden Jahren höchste Priorität für die ältere Bevölkerung haben werden.

Ein Vergleich mit den beiden vorherigen Befragungen (2017 und 2021) ist zwar nur eingeschränkt möglich, da die Kategorien im Zeitverlauf angepasst wurden, dennoch lässt sich anhand von Tabelle 9 ein inhaltlich konsistentes Muster erkennen.

Während im Jahr 2017 das Wohnen im Alter klar an erster Stelle stand, rückte 2021 das Themenfeld Kommunikation und Information auf Rang 1, das dem heutigen Bereich Beratung und Unterstützung nahekommt. In der aktuellen Befragung wird nun die Gesundheit als wichtigstes Zukunftsthema bewertet. Über alle drei Erhebungen hinweg zeigt sich jedoch, dass gesundheits-, informations- bzw. beratungsbezogene Themen sowie Fragen des Wohnens im Alter durchgehend zu den zentralen Prioritäten gehören.

| Rang der Zukunftsthemen | 2017 | 2021 | 2025/2026 |
|-------------------------|--|-------------------------------|---|
| 1 | Wohnen im Alter | Kommunikation und Information | Gesundheit |
| 2 | Informationen für ältere Bewohnernde | Gesellschaftliches Leben | Beratung und Unterstützung |
| 3 | Ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung | Gesundheit | Wohnen, Mobilität und öffentlicher Raum |
| 4 | Generationsverbindende Projekte | Sozialer Einbezug | Soziale Teilhabe und Partizipation |
| 5 | Medizinische Grundversorgung | Wohnen | Finanzen |

Tab. 9: Zukünftige Themenfelder in der Alterspolitik der Gemeinde

Ebenfalls relativ stabil bleibt die Bedeutung der gesellschaftlichen Teilhabe: 2017 spiegelte sich dies in «generationsverbindenden Projekten», 2021 im «sozialen Einbezug» und jetzt in der Sozialen Teilhabe und Partizipation wider. Neu stärker sichtbar wird in der aktuellen Befragung das Thema Finanzen, das nun auf Rang 5 erscheint, während es in den früheren Befragungen nicht explizit ausgewiesen war. Insgesamt deutet der Zeitvergleich darauf hin, dass sich die Alterspolitik nicht grundsätzlich verschoben hat, sondern sich die Schwerpunkte stärker auf die Bereiche Gesundheit, Beratung/Information und Wohnen zugespitzt haben, während die Soziale Teilhabe kontinuierlich relevant bleibt. Besonders im Bereich Gesundheit zeigt sich ein deutlicher Bedeutungszuwachs über die letzten Jahre, was darauf hindeutet, dass sich Gemeinden zunehmend intensiver damit auseinandersetzen, wie sie dieses Themenfeld künftig gestalten und die Gesundheitsversorgung langfristig sicherstellen können.

3.5 Einschätzung des demografischen Wandels in der Gemeinde

3.5.1 Zufriedenheit der Bevölkerung

Die Gemeinden wurden zudem gefragt, wie sie die allgemeine Zufriedenheit der älteren Bevölkerung in ihrer Gemeinde einschätzen (Abb. 4). Die Bewertung erfolgte auf einer Skala von 1 («sehr unzufrieden») bis 5 («sehr zufrieden»). Die Ergebnisse zeigen ein insgesamt positives Bild: Die grosse Mehrheit der Gemeinden schätzt, dass die ältere Bevölkerung «eher zufrieden» (67.9 %) ist, und weitere 27.0 % glauben sogar, dass sie «sehr zufrieden» ist. Entsprechend liegt der Gesamtmittelwert mit 4.21 deutlich im oberen Bereich der Skala.

Unterschiede zeigen sich jedoch zwischen den Raumtypen: Gemeinden in intermediären Räumen beurteilen die Zufriedenheit mit 4.40 am höchsten, während die Einschätzung der städtischen (4.11) und ländlichen Gemeinden (4.13) etwas zurückhaltender ausfällt. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Zufriedenheit der älteren Bevölkerung von den Gemeinden überwiegend als gut bis sehr gut eingeschätzt wird.

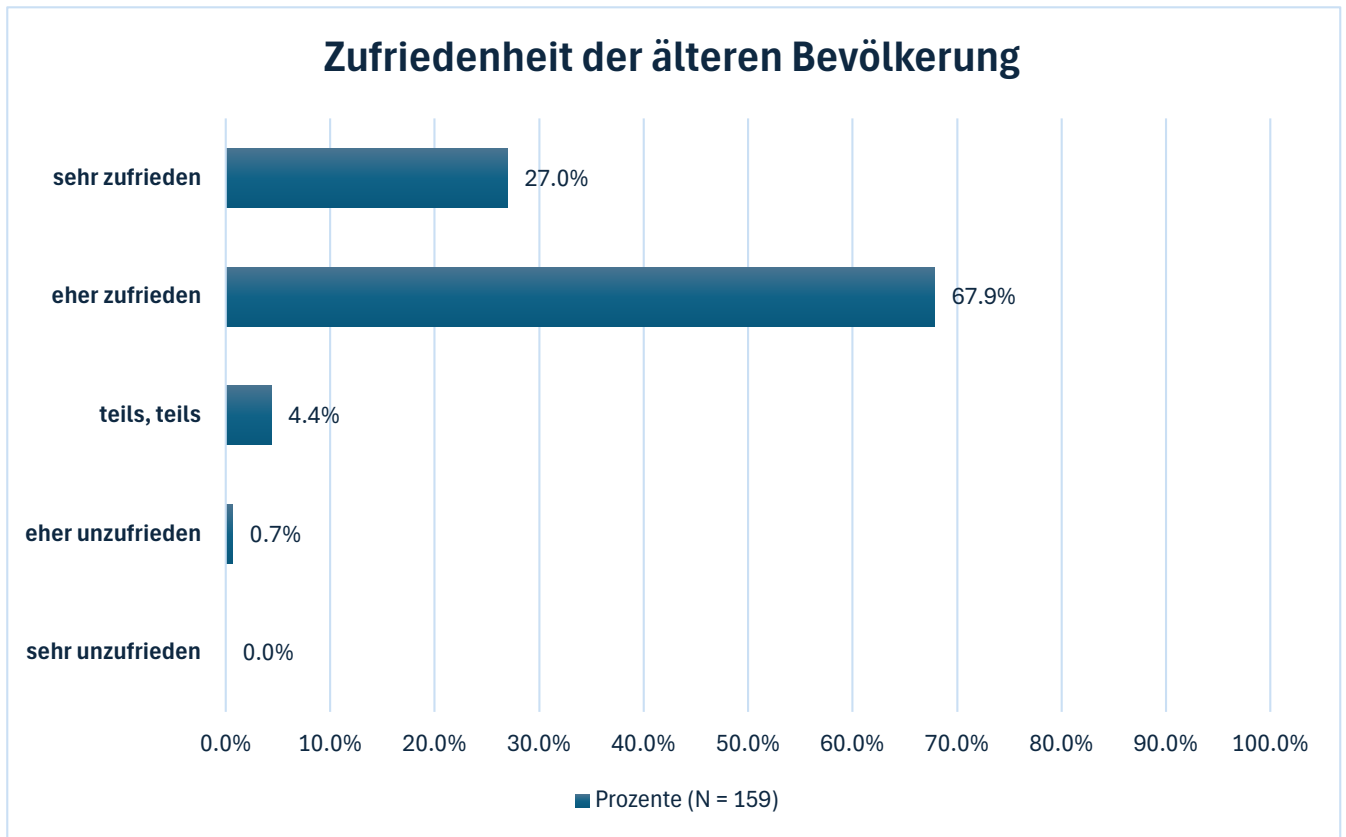


Abb. 4: Eingeschätzte Zufriedenheit der älteren Bevölkerung in der Gemeinde

Neben der Zufriedenheit der älteren Bevölkerung wurde auch der soziale Zusammenhalt zwischen den Generationen (Jung und Alt) in der Gemeinde bewertet (Abb. 5). Im Vergleich zur Einschätzung der allgemeinen Zufriedenheit fällt die Beurteilung des Generationenzusammenhalts deutlich differenzierter aus. Zwar hat mit 46.1 % knapp die Hälfte der Gemeinden angegeben, dass der Zusammenhalt zwischen Jung und Alt eher stark ausgeprägt ist, gleichzeitig bewertete jedoch ein erheblicher Anteil von 35.8 % der Gemeinden diesen mit «teils, teils», und rund 7 % schätzten ihn als eher gering ein.

Es zeigen sich zudem statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Raumtypen. Über alle Gemeinden hinweg ergibt sich ein Mittelwert von 3.66. Ländliche Gemeinden berichteten mit 3.83 den stärksten Generationenzusammenhalt, während intermediäre (3.68) und insbesondere städtische Gemeinden (3.33) diesen etwas schwächer einschätzten. Insgesamt deutet dies darauf hin, dass der intergenerationale Zusammenhalt vor allem im ländlichen Raum als ausgeprägter wahrgenommen wird.

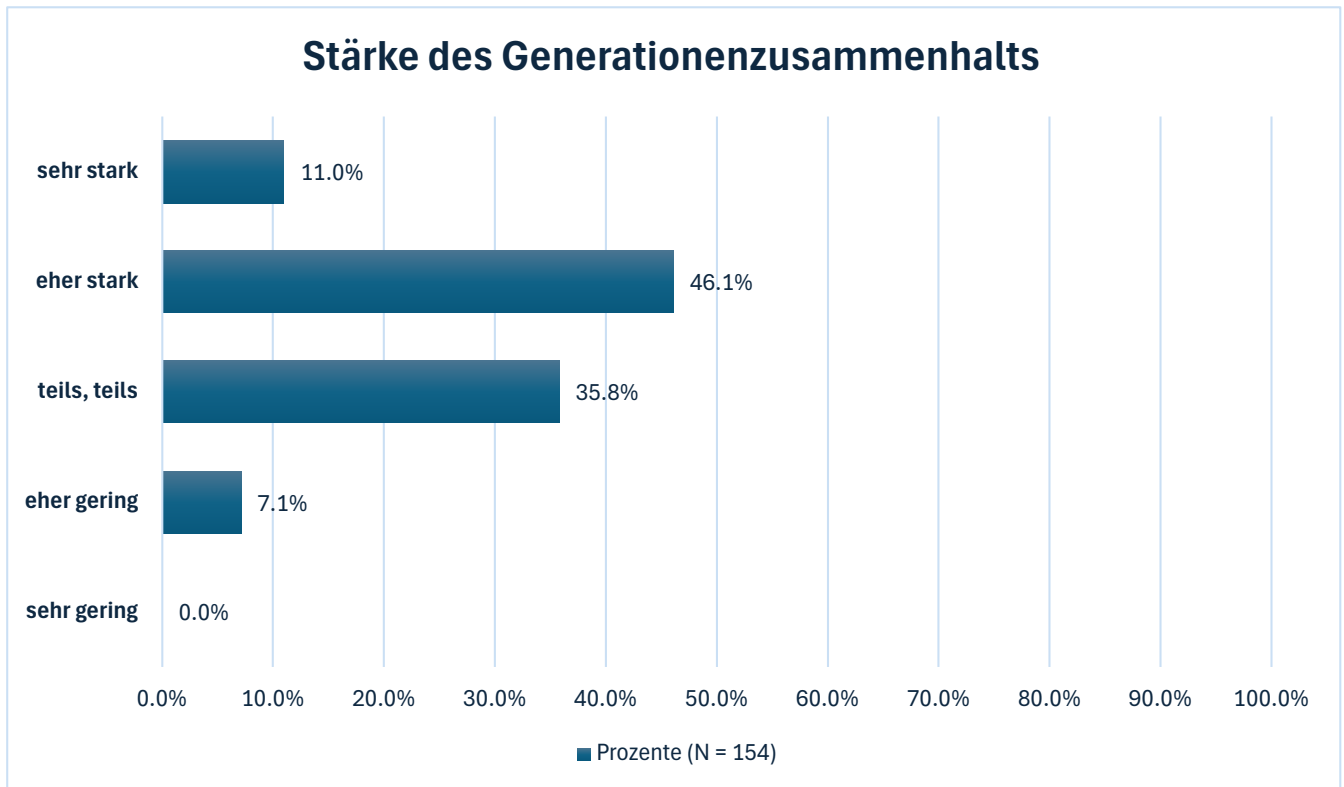


Abb. 5: Einschätzung der Stärke des Generationenzusammenhalts

3.5.2 Wie gut ist die Gemeinde für den demografischen Wandel aufgestellt?

Die Gemeinden wurden zudem gebeten einzuschätzen, wie gut sie insgesamt auf den demografischen Wandel vorbereitet sind (Abb. 6). Die Antworten zeigen eine gewisse Unsicherheit: Mit 47.8 % hat knapp die Hälfte der Gemeinden angegeben, dass sie «teils, teils» vorbereitet ist. Rund 34 % fühlen sich jedoch eher gut oder sehr gut gerüstet für die kommenden demografischen Veränderungen.

Der durchschnittliche Bewertungswert liegt mit 3.16 im oberen mittleren Bereich der Skala von 1 («sehr schlecht») bis 5 («sehr gut»), was auf eine insgesamt moderate Vorbereitung hindeutet. Gleichzeitig zeigen sich Unterschiede zwischen den Raumtypen: Städtische Gemeinden schätzten ihre Vorbereitung mit 3.64 deutlich besser ein als intermediäre (3.15) und ländliche Gemeinden (3.09). Insgesamt fühlen sich somit vor allem städtische Gemeinden besser auf den demografischen Wandel vorbereitet.

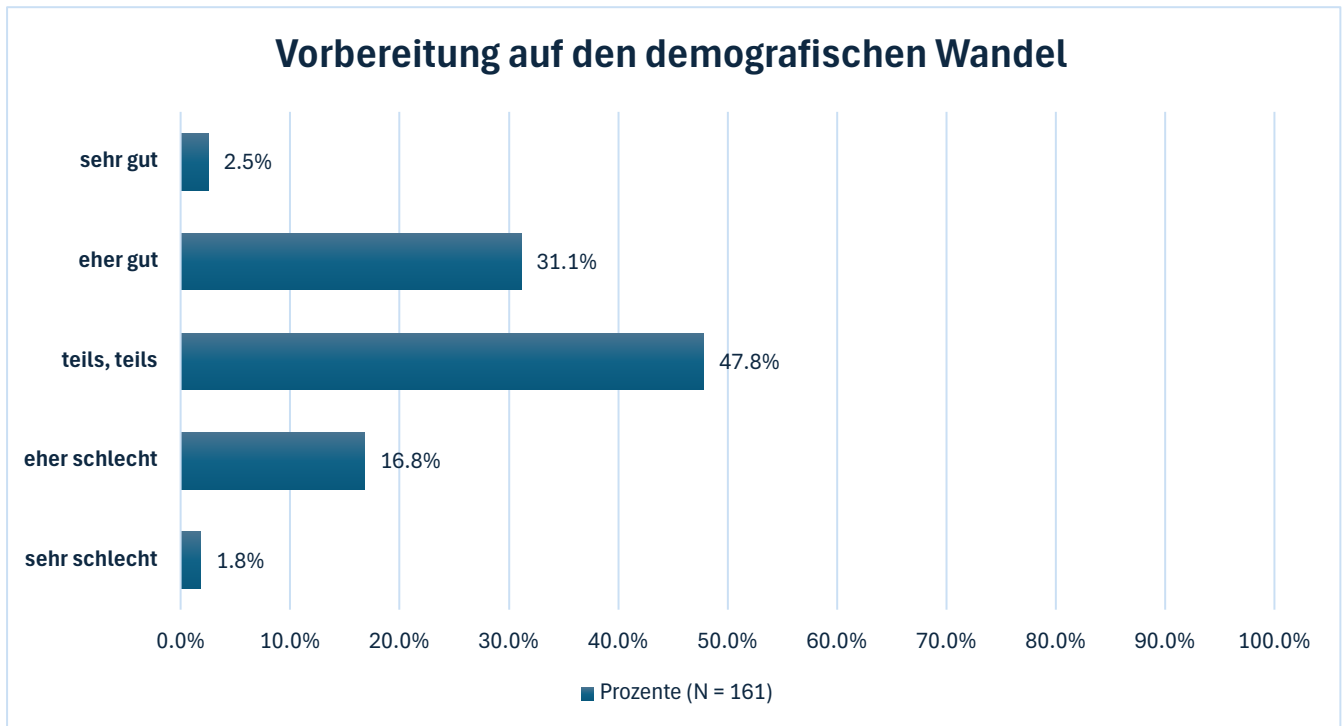


Abb. 6: Einschätzung der (guten) Vorbereitung auf den demografischen Wandel

Zudem sollten die Gemeinden angeben, wie gut sie insgesamt in Bezug auf die Versorgung und Unterstützung der älteren Bevölkerung aufgestellt sind (Abb. 7). Mehr als die Hälfte der Gemeinden (53.4 %) beurteilte ihre Situation als eher gut bis sehr gut. Gleichzeitig gab jedoch auch ein beträchtlicher Anteil von 36.2 % an, dass sie hier «teils, teils» gut aufgestellt sind, was auf bestehende Unsicherheiten oder Entwicklungspotenziale hinweist.

Über alle Gemeinden hinweg ergibt sich ein Mittelwert von 3.50 auf der Skala von 1 («sehr schlecht») bis 5 («sehr gut»), was insgesamt auf eine eher positive Selbsteinschätzung hindeutet. Zwischen den Raumtypen lassen sich dabei keine statistisch signifikanten Unterschiede feststellen. Dies deutet darauf hin, dass städtische, intermediäre und ländliche Gemeinden ihre aktuelle Versorgungs- und Unterstützungsstruktur für ältere Menschen im Durchschnitt ähnlich bewerten.

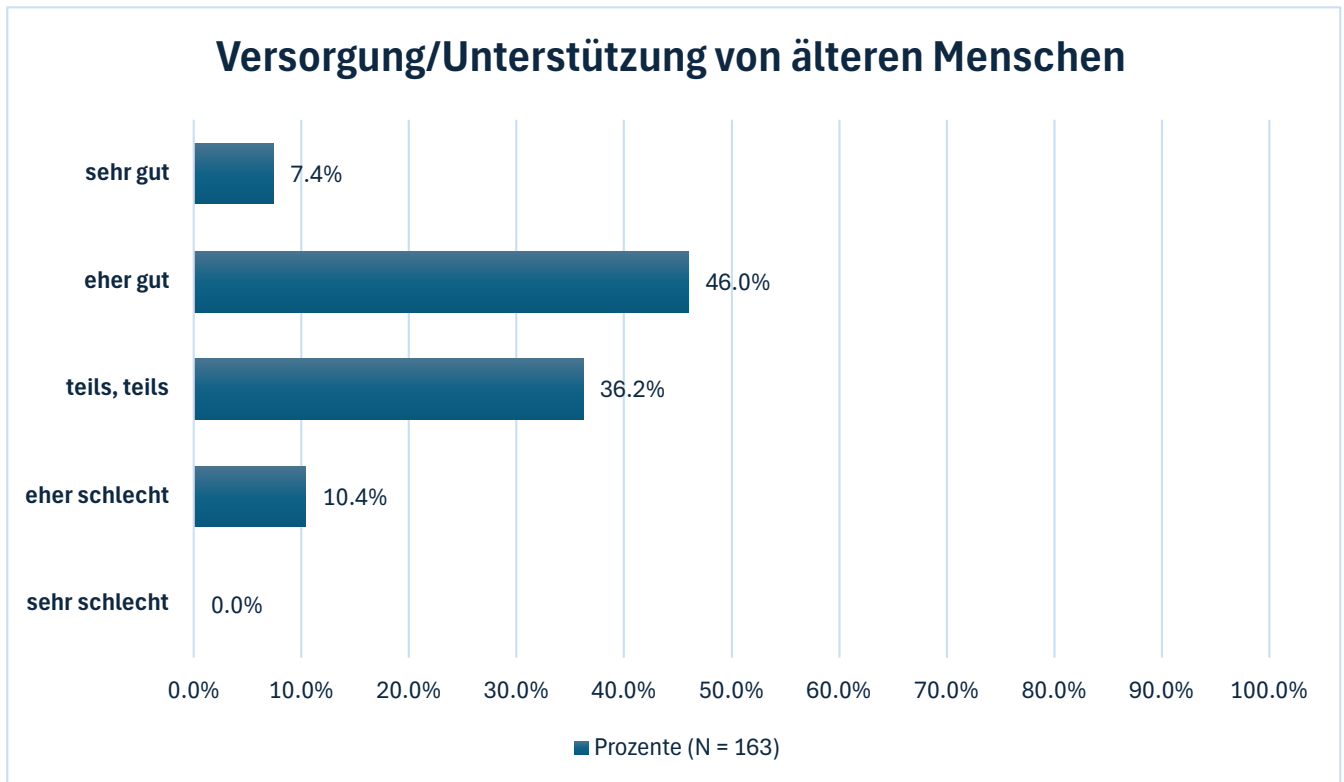


Abb. 7: Einschätzung der Versorgung/Unterstützung von älteren Menschen

Die Gemeinden wurden in einer offenen Frage zusätzlich gebeten anzugeben, was ihrer Einschätzung nach in ihrer Gemeinde noch fehlt, damit ältere Menschen selbstbestimmt und mit einer hohen Lebensqualität leben können. Die sehr heterogenen Antworten wurden thematisch gebündelt und in Kategorien zusammengefasst. Mehrfachnennungen waren möglich.

Zentrale Nennungen (kategorisiert und nach Häufigkeit der Nennungen sortiert):

1. **Wohnen im Alter/Alterswohnungen/betreutes Wohnen:** Am häufigsten wurde ein Mangel an geeignetem, altersgerechtem und bezahlbarem Wohnraum genannt. Gewünscht werden insbesondere kleinere, hindernisfreie Wohnungen, betreutes Wohnen, altersdurchmischte Wohnformen sowie Wohnangebote mit Serviceleistungen. Mehrere Gemeinden betonen, dass viele ältere Menschen noch in Einfamilienhäusern leben und der Übergang in passende Wohnformen fehle.
2. **Mobilität/ÖV/Fahrdienste:** Vor allem ländliche Gemeinden sehen grossen Handlungsbedarf bei der Erreichbarkeit: Bessere Busverbindungen (auch abends), Quartierbusse, barrierefreie Haltestellen sowie ergänzende Fahrdienste wurden wiederholt gefordert. Fehlende Mobilität wurde als zentrales Risiko für Isolation und Verlust von Selbstständigkeit beschrieben.
3. **Beratung, Anlaufstellen, Koordination:** Viele Gemeinden wünschen sich eine niederschwellige Anlauf- oder Fachstelle Alter vor Ort sowie eine bessere Vernetzung bestehender Angebote (Spitex, Pro Senectute, soziale Dienste, Ärzteschaft).
4. **Pflege, Betreuung und Spitex:** Mehrere Antworten thematisierten den Bedarf an ausreichenden Pflegeplätzen, stärkerer ambulanter Betreuung sowie Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige.
5. **Soziale Teilhabe, Begegnung, Einsamkeit:** Genannt wurden Treffpunkte ohne Konsumzwang, Quartierarbeit, Begegnungszonen, gemeinsame Mittagstische sowie aufsuchende Angebote zur

Prävention von Vereinsamung. Auch generationenübergreifende Projekte werden als wichtig erachtet.

6. **Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe:** Mehrere Gemeinden sehen einen Bedarf, die Freiwilligenarbeit besser zu koordinieren, auszubauen und zu professionalisieren, da die informelle Unterstützung künftig eher abnehmen könnte.
7. **Grundversorgung vor Ort:** Fehlende Einkaufsmöglichkeiten, Dorfläden oder ein Mangel an ärztlicher Versorgung wurden insbesondere in kleinen Gemeinden als zentrales Problem benannt.
8. **Digitalisierung:** Gefordert werden mehr Unterstützung und Schulungen für ältere Menschen sowie der Erhalt analoger Angebote, damit niemand «abgehängt» wird.

Insgesamt zeigen die offenen Antworten, dass der grösste Handlungsbedarf aus Sicht der Gemeinden in drei Bereichen liegt: geeignetes und bezahlbares Wohnen im Alter, Mobilität und Erreichbarkeit sowie bessere Beratung, Koordination und Betreuung. Ergänzend wurden die Aspekte Soziale Teilhabe, Freiwilligenarbeit und Grundversorgung als zentrale Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Altern genannt. Damit verdeutlichen die Antworten, dass Lebensqualität im Alter nicht allein von der Pflege abhängt, sondern auch stark von der Wohnform, Mobilität, sozialen Einbindung und von leicht zugänglichen Unterstützungsstrukturen.

Die Gemeinden wurden anschliessend gebeten anzugeben, welche Bevölkerungsgruppen bei ihnen derzeit am stärksten durch Projekte oder Angebote gefördert werden. Dabei konnten sie eine Rangfolge (Rang 1 bis 3) vergeben (Tab. 10).

| Geförderte Bevölkerungsgruppen | Rang 1 | Rang 2 | Rang 3 |
|------------------------------------|----------------------|--------|--------|
| | Prozente (je Gruppe) | | |
| Kinder (5–11 Jahre) | 63.8 | 25.5 | 10.6 |
| Kleinkinder (0–4 Jahre) | 60.0 | 14.3 | 25.7 |
| Jugendliche (12–18 Jahre) | 40.3 | 46.3 | 13.4 |
| Berufstätige | 35.7 | 35.7 | 28.6 |
| Familien | 27.5 | 39.6 | 33.0 |
| Ältere Personen (65+) | 26.1 | 27.5 | 46.4 |
| Junge Erwachsene (19–25 Jahre) | 23.1 | 46.2 | 30.8 |
| Menschen mit Migrationshintergrund | 19.5 | 43.9 | 36.6 |
| Menschen mit Behinderung | 16.7 | 16.7 | 66.7 |

Tab. 10: Besonders geförderte Bevölkerungsgruppen in der Gemeinde (sortiert nach «Rang 1»)

Die Ergebnisse zeigen ein klares Muster zugunsten jüngerer Bevölkerungsgruppen. Kinder im Alter von 5–11 Jahren werden am häufigsten auf Rang 1 genannt (63.8 %), gefolgt von Kleinkindern (0–4 Jahre) mit 60.0 %. Ebenfalls stark im Fokus stehen Jugendliche (12–18 Jahre), die zwar seltener auf Rang 1 (40.3 %), dafür besonders häufig auf Rang 2 (46.3 %) platziert werden.

Demgegenüber wurden ältere Personen (65+) vergleichsweise selten als am stärksten geförderte Gruppe genannt (26.1 % auf Rang 1). Auffällig ist zudem, dass ältere Menschen sehr häufig erst auf Rang 3 eingeordnet wurden (46.4 %). Ähnlich verhält es sich bei Menschen mit Behinderung: Sie wurden nur zu 16.7 % auf Rang 1 genannt, aber in 66.7 % der Fälle auf Rang 3 gesetzt. Insgesamt wird hier

deutlich, dass kommunale Förderaktivitäten aktuell stärker auf Kinder, Jugendliche und junge Familien ausgerichtet sind, während ältere Menschen eher nachrangig berücksichtigt werden.

3.6 Nutzung der vom Kanton zur Verfügung gestellten Instrumente

3.6.1 Leitsätze, Handbücher und Broschüren

Die Gemeinden wurden gefragt, ob ihnen zentrale kantonale Leitsätze, Handbücher und Informationsmaterialien zur Alterspolitik bekannt sind und – falls ja – als wie hilfreich sie diese für ihre Arbeit einschätzen (Tab. 11).

| Leitsätze, Handbücher und Broschüren | Kennen wir (Prozente «Ja») | Wenn «ja», wie hilfreich? Mittelwert (1 «gar nicht hilfreich» bis 5 «sehr hilfreich») |
|--|---------------------------------------|--|
| Leitsätze zur Alterspolitik im Kanton Aargau | 68.4 | 3.44 |
| Handbuch für Gemeinderät:innen «Wohnen im Alter im Kanton Aargau» | 47.2 | 3.19 |
| Broschürevorlage «Älter werden im Kanton Aargau» | 61.6 | 3.80 |

Tab. 11: Leitsätze, Handbücher und Broschüren

Am bekanntesten sind die Leitsätze zur Alterspolitik im Kanton Aargau, die 68.4 % der Gemeinden kennen; ihre Nützlichkeit wurde mit einem Mittelwert von 3.44 als eher hilfreich bewertet. Ebenfalls gut verbreitet ist die Broschürevorlage «Älter werden im Kanton Aargau», die 61.6 % der Gemeinden kennen und die mit 3.80 sogar als am hilfreichsten eingeschätzt wurde. Deutlich weniger bekannt ist hingegen das Handbuch «Wohnen im Alter im Kanton Aargau», das nur 47.2 % der Gemeinden kennen und das mit 3.19 etwas zurückhaltender beurteilt wurde. Insgesamt zeigt sich, dass kantonale Grundlagen und Materialien in vielen Gemeinden bekannt sind und überwiegend als nützlich wahrgenommen werden, wobei praxisnahe Broschürevorlagen als besonders hilfreich gelten.

Ergänzend wurde erhoben, ob die Gemeinden die Broschürevorlage für ihre eigene Gemeinde angepasst haben. 17.2 % der befragten Gemeinden gaben an, bereits eine kommunale Version erstellt zu haben, weitere 10.7 % nutzen eine regional angepasste Variante. Zudem planen 23.7 % der Gemeinden zumindest eine zukünftige Anpassung der Vorlage. Insgesamt zeigt sich damit, dass einige Gemeinden die Vorlage bereits umgesetzt haben oder dass sie dies beabsichtigen.

Die Gemeinden wurden zudem gefragt, ob sie bei Veranstaltungen in der Gemeinde die kantonale Broschüre «Älter werden im Kanton Aargau» oder ihre kommunal bzw. regional angepasste Version auflegen. Dabei gaben 25 Gemeinden an, die kommunal angepasste Version bereitzustellen, weitere 10 Gemeinden nutzen eine regional angepasste Variante. Zusätzlich legen zehn Gemeinden die kantonale Broschüre auf. Trotz dieser Beispiele zeigt sich jedoch, dass die grosse Mehrheit der Gemeinden keine der genannten Versionen systematisch bei Veranstaltungen auflegt, was auf ein bislang eher zurückhaltendes Nutzungsverhalten hindeutet.

3.6.2 Alterskongress und Aargauer Netzwerk Alter

Die Gemeinden wurden danach gefragt, ob sie den kantonalen Alterskongress kennen, der alle zwei Jahre stattfindet. Insgesamt bejahten dies 60.5 % der Gemeinden. Allerdings zeigen sich Unterschiede

zwischen den Raumtypen: Während 75.0 % der städtischen Gemeinden den Kongress kennen, sind es bei den ländlichen Gemeinden lediglich 50.0 %.

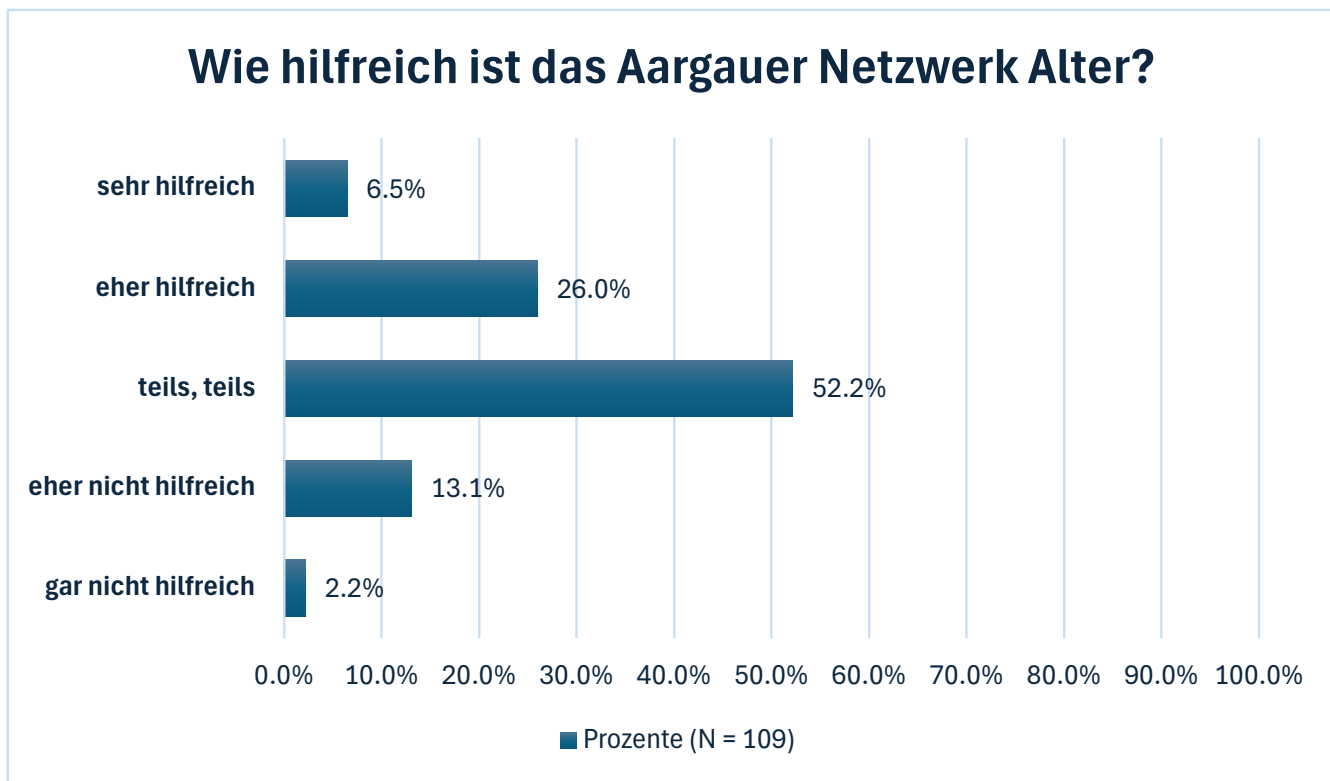


Abb. 8: Wie hilfreich ist das Aargauer Netzwerk Alter? (nur die 109 Gemeinden, die es kennen)

Auch das Aargauer Netzwerk Alter ist einer Mehrheit der Gemeinden bekannt: 66.9 % der Befragten haben angegeben, dieses zu kennen. Von diesen Gemeinden beurteilten 32.6 % das Netzwerk als eher bzw. sehr hilfreich, während es die Mehrheit (52.2 %) mit «teils, teils» bewertete. Der verbleibende Anteil schätzte das Netzwerk als eher nicht hilfreich ein. Insgesamt zeigt sich damit, dass das Netzwerk zwar gut bekannt ist, seine Nützlichkeit jedoch unterschiedlich wahrgenommen wird. Zwischen den Raumtypen ergeben sich hier keine Unterschiede.

3.6.3 Kantonale Fachstelle Alter und Familie

Die Nutzung und Bekanntheit von Unterstützungsangeboten der kantonalen Fachstelle Alter und Familie wurde ebenfalls erhoben (Tab. 12). Dabei zeigt sich, dass die kantonale Fachstelle Alter und Familie mit 91.0 % einen sehr hohen Bekanntheitsgrad aufweist und mit einem Mittelwert von 3.63 auf der Skala von 1 «gar nicht hilfreich» bis 5 «sehr hilfreich» als eher hilfreich eingeschätzt wird. Der kantonale Newsletter zum Thema Alter ist 63.8 % der Gemeinden bekannt und wurde mit 3.35 etwas zurückhaltender, aber insgesamt positiv bewertet. Deutlich weniger vertraut ist hingegen das Angebot eines Standortgesprächs: Dieses kennen zwar nur 42.7 % der Gemeinden, aber es wurde von denjenigen, die es kennen, mit 4.11 als besonders hilfreich beurteilt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Fachstelle sehr gut etabliert ist, während spezifische Unterstützungsangebote wie das Standortgespräch zwar noch weniger bekannt sind, aber dort, wo sie genutzt werden, einen hohen Mehrwert bieten.

| Angebote Fachstelle Alter und Familie | Kennen wir (Prozente «Ja») | Wenn «ja», wie hilfreich? Mittelwert (1 «gar nicht hilfreich» bis 5 «sehr hilfreich») |
|---|---------------------------------------|--|
| Kantonale Fachstelle Alter und Familie | 91.0 | 3.63 |
| Kantonaler Newsletter zum Thema Alter | 63.8 | 3.35 |
| Angebot eines Standortgesprächs | 42.7 | 4.11 |

Tab. 12: Bekanntheit und Angebote der kantonalen Fachstelle Alter und Familie

Zwar ist die kantonale Fachstelle sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gemeinden gut bekannt, beim kantonalen Newsletter zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Raumtypen: In städtischen Gemeinden kennen ihn 81.3 %, in intermediären Gemeinden 62.2 % und in ländlichen Gemeinden lediglich 54.5 %.

Das Angebot eines Standortgesprächs ist weniger verbreitet und nur knapp die Hälfte der Gemeinden kennt es. Jene Gemeinden, die ein solches Gespräch bereits genutzt haben – in der Befragung waren dies 24 Gemeinden – bewerteten es jedoch überwiegend als hilfreich. Daraus lässt sich schliessen, dass hier noch Potenzial besteht, das Angebot stärker bekannt zu machen.

Es zeigt sich, dass nahezu alle befragten Gemeinden die kantonale Fachstelle Alter und Familie des Kantons Aargau kennen. Auf die Frage, über welche Kanäle sie auf die Fachstelle aufmerksam geworden sind – wobei Mehrfachnennungen möglich waren –, wurde am häufigsten die Website des Kantons genannt (50.9 %). An zweiter Stelle folgten Einladungen zu kantonalen Veranstaltungen wie etwa dem Alterskongress. Ebenfalls relevant waren der kantonale Newsletter zum Thema Alter (32.0 %), die kantonale Broschüre zum Thema Alter (18.3 %), Flyer zum Alterskongress oder anderen Veranstaltungen (14.8 %), die Informationsmail «Willkommen in der Alterspolitik» (14.2 %) sowie Informationen über Gemeinderät:innen (13.6 %). Insgesamt deutet dies darauf hin, dass die Fachstelle vor allem über digitale Informationskanäle und die direkte Kommunikation mit den Gemeinden bekannt geworden ist.

Die Gemeinden wurden zudem gefragt, welche Unterstützungsangebote der kantonalen Fachstelle Alter und Familie sie kennen und ob diese für ihre Gemeinde als interessant eingeschätzt werden (Tab. 13). Damit sollte sichtbar gemacht werden, welche Angebote bereits wahrgenommen werden und wo noch Informations- oder Aktivierungspotenzial besteht.

Die Ergebnisse zeigen insgesamt eine hohe Nicht-Bekanntheit vieler Angebote. Am ehesten bekannt und als relevant eingeschätzt wird das Handbuch «Wohnen im Alter» für Gemeinderät:innen: 29.3 % der Gemeinden kennen es und finden es interessant, während 57.1 % es nicht kennen. Ähnlich verhält es sich mit dokumentierten Praxisbeispielen (28.3 % bekannt und interessant; 62.8 % unbekannt) sowie dem Standortgespräch (25.2 % bekannt und interessant; 58.5 % unbekannt).

Deutlich weniger bekannt sind spezifischere Formate wie die Weiterbildung für Alterskommissionen (23.1 % bekannt und interessant; 63.9 % unbekannt) oder der Jungsenior:innenapéro (15.8 % bekannt und interessant; 74.0 % unbekannt). Am wenigsten verbreitet sind das E-Learning «Wohnen im Alter» (12.2 % bekannt und interessant; 81.1 % unbekannt) sowie der Leitfaden «Schritt für Schritt zum Massnahmenplan Alter» (15.2 % bekannt und interessant; 66.9 % unbekannt).

Insgesamt verdeutlichen diese Ergebnisse, dass die Unterstützungsangebote der Fachstelle zwar punktuell genutzt werden, bei der Mehrheit der Gemeinden jedoch kaum bekannt sind. Gleichzeitig zeigt der relativ hohe Anteil an «kennen wir und finden wir interessant» bei mehreren Angeboten, dass ein erhebliches Potenzial für eine stärkere Bekanntmachung und Nutzung besteht.

| Bekanntheit der Unterstützungsangebote | Kennen wir und interessant für unsere Gemeinde | Kennen wir, aber nicht interessant für unsere Gemeinde | Kennen wir nicht |
|--|---|---|-------------------------|
| Prozente (je Angebot) | | | |
| Handbuch Wohnen im Alter für Gemeinderät:innen | 29.3 | 13.6 | 57.1 |
| Dokumentierte Praxisbeispiele | 28.3 | 9.0 | 62.8 |
| Standortgespräch | 25.2 | 16.3 | 58.5 |
| Weiterbildung für Alterskommissionen | 23.1 | 12.9 | 63.9 |
| Jungsenior:innenapéro | 15.8 | 10.3 | 74.0 |
| Schritt für Schritt zum Massnahmenplan Alter | 15.2 | 17.9 | 66.9 |
| E-Learning Wohnen im Alter | 12.2 | 6.8 | 81.1 |

Tab. 13: Bekanntheit der Unterstützungsangebote der kantonalen Fachstelle Alter und Familie (sortiert nach «Kennen wir und interessant»)

Um Vergleiche zwischen den Raumtypen zu ermöglichen, wurde für jede Gemeinde die Anzahl der bekannten Unterstützungsangebote addiert. Dieser Index kann theoretisch Werte zwischen 0 und 7 annehmen; der Wert «0» trat in 81 Gemeinden auf, was nochmals verdeutlicht, dass fast die Hälfte der Gemeinden (47.9 %) keines der genannten Angebote kennt. Über alle Gemeinden, die hierzu Angaben gemacht haben, ergibt sich ein Mittelwert von 2.02 bekannten Unterstützungsangeboten (Standardabweichung = 2.44). Zwischen den Gemeindetypen zeigen sich dabei statistisch signifikante Unterschiede: Städtische Gemeinden kennen im Durchschnitt 2.65 Angebote, intermediäre Gemeinden 2.10 und ländliche Gemeinden 1.52. Insgesamt nimmt die Bekanntheit der Unterstützungsangebote somit mit zunehmender Urbanität deutlich zu.

Die Gemeinden konnten in einer offenen Frage zusätzlich angeben, welche weiteren Dienstleistungen oder Produkte sie sich von der kantonalen Fachstelle Alter und Familie wünschen. Die offenen Antworten zeigen insgesamt einen eher zurückhaltenden Bedarf an zusätzlichen Angeboten. Ein grosser Teil der Gemeinden hat angegeben, derzeit nichts Weiteres zu benötigen oder sich bereits an regionalen Angeboten zu orientieren. Dort, wo Wünsche geäussert wurden, betreffen diese vor allem eine stärkere Aufbereitung von Wissensgrundlagen wie kommunalen Daten oder Factsheets (z. B. zu Pflegebedarf, Alterswohnungen oder Finanzfragen), eine bessere fachliche Unterstützung und Vernetzung sowie eine stärkere Sichtbarkeit der Fachstelle. Vereinzelt werden auch digitale Lösungen gegenüber gedruckten Materialien bevorzugt oder neue Ideen wie die eines Labels für «seniorenfreundliche Gemeinden» oder für ein KI-Beratungstool eingebracht. Insgesamt lässt sich festhalten, dass zwar kein breiter Zusatzbedarf besteht, punktuell jedoch Interesse an praxisnaher Information, Koordination und innovativen Unterstützungsformaten vorhanden ist.

3.6.4 Gesundheitsförderung im Alter

Neben der kantonalen Fachstelle Alter und Familie wurde in der aktuellen Befragung erstmals auch erhoben, inwiefern die Gemeinden die Angebote des Schwerpunktprogramms «Gesundheitsförderung im Alter» kennen und ob sie diese für ihre Gemeinde als interessant erachten (Tab. 14). Damit sollte sichtbar werden, wie weit diese präventiven und gesundheitsfördernden Angebote in den Gemeinden bereits angekommen sind.

| Bekanntheit der Angebote von Gesundheitsförderung im Alter | Kennen wir und interessant für unsere Gemeinde | Kennen wir, aber nicht interessant für unsere Gemeinde | Kennen wir nicht |
|---|---|---|-------------------------|
| Prozente (je Angebot) | | | |
| Beiträge Gemeindeblatt | 37.9 | 10.3 | 51.7 |
| Referat «Alles im Gleichgewicht» (Sturzprävention) | 28.0 | 12.0 | 60.0 |
| Referat «Gesund essen mit Genuss» (Ernährung 60+) | 26.8 | 10.7 | 37.6 |
| Referat «Lebenskunst des Alterns» (Psychisches Wohlbefinden) | 22.9 | 8.3 | 68.8 |
| malreden | 22.8 | 12.1 | 65.1 |
| Zämegolaufe | 16.2 | 27.7 | 56.1 |
| Gemeindebegehung | 16.1 | 21.5 | 62.4 |
| Bewegungs- und begegnungsfreundliche Gemeinde (E-Learning, Checkliste und Fachstellenverzeichnis) | 14.8 | 13.4 | 71.8 |
| Hopp-la-Bewegungskurse | 11.9 | 23.8 | 64.2 |
| Active City | 9.5 | 20.4 | 70.1 |
| Fourchette verte – senior@home | 7.6 | 14.6 | 77.8 |
| FriActiv | 3.4 | 14.5 | 82.1 |

Tab. 14: Bekanntheit der Angebote des Programms «Gesundheitsförderung im Alter» (sortiert nach «Kennen wir und interessant»)

Die Ergebnisse weisen insgesamt auf eine gewisse Nicht-Bekanntheit vieler Angebote hin. Am bekanntesten und zugleich am häufigsten als relevant eingeschätzt wurden Beiträge im Gemeindeblatt: 37.9 % der Gemeinden kennen diese und finden sie interessant, während 51.7 % sie nicht kennen. Ebenfalls relativ gut wahrgenommen werden die Referate «Alles im Gleichgewicht» mit 28.0 % sowie «Gesund essen mit Genuss» mit 26.8 % als bekannt und interessant. Das Referat «Lebenskunst des Alterns» wurde von 22.9 % der Befragten als bekannt und relevant eingeschätzt. Deutlich weniger verbreitet sind spezifischere Programme und Formate wie Active City (9.5 % bekannt und interessant), FriActiv (3.4 %) oder Fourchette verte (7.6 %). Auch Bewegungsangebote wie Hopp-la-Bewegungskurse (11.9 %) oder Zämegolaufe (16.2 %) sowie die Gemeindebegehung (16.1 %) sind nur einer Minderheit der Gemeinden bekannt.

Um Unterschiede zwischen den Raumtypen vergleichbar zu machen, wurde für jede Gemeinde die Anzahl der bekannten Angebote aus dem Programm «Gesundheitsförderung im Alter» summiert. Dieser Index kann theoretisch Werte zwischen 0 und 12 annehmen; der Wert «0» kam in immerhin 50 Gemeinden vor. Über alle Gemeinden hinweg ergibt sich ein Mittelwert von 3.55 bekannten Angeboten (Standardabweichung = 3.73).

Zwischen den Gemeindetypen zeigen sich dabei statistisch signifikante Unterschiede: Städtische Gemeinden kennen im Durchschnitt 5.22 Angebote, intermediäre Gemeinden 3.25 und ländliche Gemeinden 2.78. Damit nimmt die Bekanntheit der Angebote mit zunehmender Urbanität klar zu.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass die Angebote des Programms «Gesundheitsförderung im Alter» in vielen Gemeinden – insbesondere in ländlichen Räumen – bisher kaum bekannt sind. Gleichzeitig weist der Anteil jener Gemeinden, die einzelne Angebote als interessant bewertet haben, darauf hin, dass beträchtliches Potenzial für eine stärkere Information, Verbreitung und Nutzung besteht.

3.6.5 Vernetzung im Bereich Alter

Ein wichtiger Bestandteil einer gelebten Alterspolitik ist die Vernetzung – etwa mit anderen Gemeinden oder regionalen Akteuren. Aus diesem Grund wurden die Gemeinden auch danach gefragt, wie wichtig ihnen eine solche Vernetzung im Bereich Alter ist.

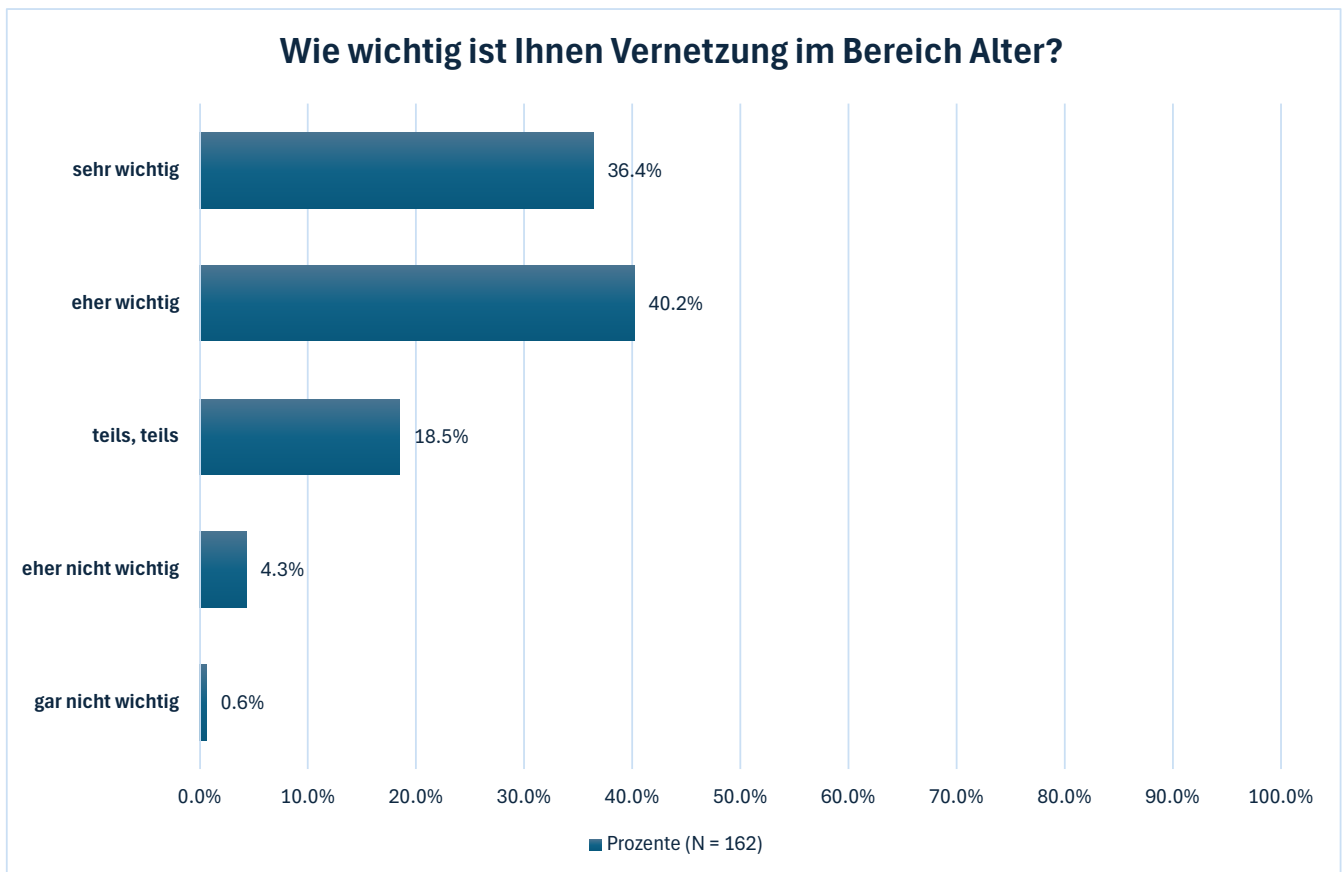


Abb. 9: Wie wichtig ist Ihnen Vernetzung im Bereich Alter?

Die Antworten zeigen ein sehr klares Bild: Für die grosse Mehrheit der Gemeinden ist Vernetzung sehr bedeutsam. 40.2 % bewerteten sie als «eher wichtig» und weitere 36.4 % sogar als «sehr wichtig». Lediglich 4.9 % (0.6 % «gar nicht wichtig» und 4.3 % «eher nicht wichtig») massen der Vernetzung eine nur geringe Bedeutung bei, während 18.5 % deren Wichtigkeit mit «teils, teils» einschätzten. Dies zeigt, dass Vernetzung im Bereich Alter von den meisten Gemeinden als wichtiger Pfeiler ihrer Alterspolitik betrachtet wird.

Die Gemeinden konnten zudem angeben, in welcher Form eine solche Vernetzung vorzugsweise stattfinden sollte; Mehrfachantworten waren möglich. Sortiert nach Häufigkeit ergibt sich folgendes Bild:

1. Website mit Beispielen guter Praxis und Kontaktangaben – 60.4 %
2. Veranstaltungen und Treffen vor Ort – 48.5 %
3. Hybride Formate (teils online, teils vor Ort) – 29.6 %
4. Gegenseitige Besuche von Gemeinden – 18.9 %
5. Online-Community in sozialen Netzwerken – 8.9 %
6. Andere Formen (z. B. regionale Kommissionen, Arbeitsgruppen, Informationsveranstaltungen, interkommunale Zusammenarbeit) – 7.1 %

Damit bevorzugen die Gemeinden klar niederschwellige, praxisorientierte und gut zugängliche Formate, insbesondere eine zentrale Informationswebsite sowie persönliche Treffen vor Ort; rein digitale Austauschformen spielen demgegenüber eine eher geringere Rolle.

Die Gemeinden wurden am Schluss auch gefragt, über welche Kanäle sie künftig von der Fachstelle Alter und Familie zum Thema «Alter» informiert werden möchten; Mehrfachnennungen waren möglich. Die Ergebnisse zeigen eine klare Präferenz für bestehende Angebote von Webseiten und Newslettern: Am häufigsten gewünscht werden die Website (66.9 %) und der Newsletter (65.1 %). Ebenfalls relativ stark nachgefragt sind Informationen via Webinare oder Videos (42.6 %) sowie Veranstaltungen vor Ort (32.5 %). Deutlich weniger gefragt sind schriftliche oder soziale Medien: Einen Papierversand an die Gemeinde wünschen sich 15.4 % der Befragten, während Podcasts (7.1 %) und soziale Netzwerke nur eine untergeordnete Rolle spielen (LinkedIn 4.1 %, Facebook 2.4 %, Instagram/TikTok je 1.2 %, X 0.6 %). Einzelne Gemeinden nannten ergänzend «E-Mail» als bevorzugten Kanal (3.0 %). Insgesamt bevorzugen die Gemeinden damit vor allem verlässliche, leicht zugängliche Informationskanäle (Website, Newsletter) gegenüber sozialen Medien.

4 Fazit

Die Folgerhebung 2025/2026 zeigt, dass Alterspolitik im Kanton Aargau in den Gemeinden breit als wichtiges Zukunftsthema anerkannt ist. Die Wichtigkeit wird im Mittel mit 7.04 (Skala 1–10) hoch eingeschätzt und liegt damit auf einem ähnlichen Niveau wie 2021. Gleichzeitig bestätigt die Studie, dass sich die kommunale Alterspolitik weiterhin sehr heterogen entwickelt: Zwischen städtischen, intermediären und ländlichen Gemeinden bestehen in vielen Bereichen deutliche Unterschiede – vor allem bei den Punkten Angebotsvielfalt, Themenbreite, personelle Ressourcen und Bekanntheit kantonaler Unterstützungsangebote.

In der organisatorischen Verankerung sind Fortschritte sichtbar, aber auf moderatem Niveau. Der Anteil der Gemeinden mit einem Altersleitbild ist im Vergleich zu 2017 und 2021 gestiegen, liegt jedoch weiterhin bei nur rund einem Viertel bis knapp einem Drittel (kommunal oder regional). Nur eine Minderheit der Befragten verfügt über einen Massnahmenplan zur Alterspolitik. Auffällig ist zudem die begrenzte personelle Verankerung: In über der Hälfte der Gemeinden sind keine spezifischen Stellenprozente für das Themenfeld Alter vorgesehen. Gleichzeitig stützt sich die Umsetzung stark auf Kooperationen – insbesondere mit Pro Senectute (als Anlauf- und Beratungsstelle) und der Spitex –, was die Bedeutung regionaler und zivilgesellschaftlicher Trägerstrukturen unterstreicht.

Bei den Dienstleistungen zeigt sich ein insgesamt breites, aber ungleich finanziertes Angebot. Viele Leistungen sind in den Gemeinden vorhanden, werden jedoch häufig nicht mitfinanziert. Besonders verbreitet sind Beratungsangebote und klassische Unterstützungsleistungen, während spezialisierte Angebote (z. B. Tages-/Nachtstrukturen, Angebote für Menschen mit Demenz, Entlastungsdienste für Angehörige oder Angebote für ältere Menschen mit Migrationshintergrund) in vielen Gemeinden fehlen. Die Angebotsvielfalt ist auch hier klar urbanitätsabhängig: Städtische Gemeinden bieten im Durchschnitt deutlich mehr Dienstleistungen an als intermediäre und ländliche Gemeinden. Dieses Muster ist stabil und entspricht bereits den Befunden aus den vorherigen Befragungen.

Inhaltlich decken die Gemeinden vor allem die Themen Beratung und Unterstützung sowie Soziale Teilhabe ab; der Bereich Gesundheit gewinnt zusätzlich stark an Bedeutung. Digitalisierung und Sicherheit/Prävention sind dagegen seltener Bestandteil der Alterspolitik und werden – trotz ihrer Relevanz – am schwächsten umgesetzt und bewertet. Die Bewertung der aktuellen Abdeckung fällt insgesamt am besten für die Aspekte Beratung/Unterstützung und Gesundheit aus, während die Digitalisierung am kritischsten beurteilt wird. Gleichzeitig wird in den Zukunftseinschätzungen sichtbar, dass Gesundheit, Beratung und Wohnen/Mobilität/öffentlicher Raum als prioritäre Themen gelten. Der Vergleich mit den beiden vorhergehenden kantonalen Befragungen deutet weniger auf einen Bruch als auf eine Schwerpunktverschiebung hin: Wohnen und Information/Beratung bleiben konstant zentral, während Gesundheit nun an die Spitze rückt; neu expliziter erscheint zudem das Thema Finanzen.

Die Einschätzungen zum demografischen Wandel zeichnen ein differenziertes Bild. Die Gemeinden schätzen die Zufriedenheit der älteren Bevölkerung überwiegend als hoch ein, während der Generationenzusammenhalt deutlich differenzierter bewertet wird. Bezüglich der Vorbereitung auf den demografischen Wandel dominiert eine gewisse Unsicherheit, was auf die Gemeinden noch zukommen wird.

Für die konkrete Versorgung und Unterstützung älterer Menschen fällt die Selbsteinschätzung insgesamt eher positiv aus – ohne Unterschiede zwischen den Raumtypen. Die offenen Antworten ergänzen diese Befunde um eine klare Problemagenda: Am häufigsten genannt wurden die Aspekte fehlender bzw. unbezahlbarer altersgerechter Wohnraum, Mobilität/Erreichbarkeit (insbesondere im ländlichen Raum), Koordination/Anlaufstellen sowie Pflege- und Betreuungsfragen inkl. Entlastung pflegender Angehöriger.

Mit Blick auf die kantonalen Unterstützungsangebote ergibt sich ein ambivalentes Bild: Die Fachstelle Alter und Familie ist zwar nahezu flächendeckend bekannt, doch ein grosser Teil der Gemeinden weiss nichts von konkreten Unterstützungsangeboten. Fast die Hälfte kennt keines der sieben abgefragten Fachstellen-Angebote; die Bekanntheit ist in städtischen Gemeinden höher als in ländlichen. Besonders relevant ist hierbei das Standortgespräch: Es ist weniger bekannt, wird aber von den nutzenden Gemeinden als sehr hilfreich eingeschätzt – ein klarer Hinweis auf Ausbaupotenzial in der Kommunikation und Zugänglichkeit. Ähnlich verhält es sich beim Programm «Gesundheitsförderung im Alter»: Viele Angebote sind wenig bekannt, insbesondere in ländlichen Gemeinden, gleichzeitig werden einzelne Formate (z. B. Beiträge im Gemeindeblatt, Referate) als interessant bewertet.

Für die Weiterentwicklung der kantonalen Unterstützung ist zudem zentral, dass Gemeinden klare Präferenzen für Informations- und Vernetzungsformate äussern: Gewünscht werden vor allem Webseiten und Newsletter sowie praxisorientierte Austauschformate (Good-Practice-Plattform, Treffen vor Ort, hybride Angebote). Soziale Medien spielen dagegen kaum eine Rolle.

Aus den Ergebnissen lassen sich drei übergreifende Schlussfolgerungen ableiten. Erstens: Alterspolitik ist in den Gemeinden als wichtig anerkannt, ihre Umsetzung hängt jedoch in weiten Teilen von Ressourcen, Kooperationsstrukturen und dem jeweiligen Raumtyp ab. Zweitens: Die inhaltlichen Prioritäten der kommenden Jahre sind klar konturiert – Gesundheit, Beratung/Information sowie Wohnen und Mobilität. Drittens: Die kantonale Unterstützung ist grundsätzlich etabliert, erreicht aber mit ihren spezifischen Instrumenten viele Gemeinden noch nicht; hier liegt ein messbares Potenzial in der systematischen Bekanntmachung, praxisnahen Wissensaufbereitung (Factsheets, Daten, Argumentarien) sowie der gezielten Stärkung einer Vernetzung und dem Transfer guter Praxis, insbesondere für ländliche Gemeinden.